



**Stadtparlament**

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2  
E-Mail [stadtparlament@stadtwil.ch](mailto:stadtparlament@stadtwil.ch)  
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Amts-dauer 2005 – 2008

**Protokoll der 16. Sitzung**

Donnerstag, 7. Dezember 2006, 17.00 Uhr, Pfarreizentrum

**Vorsitz:** Dorothee Zumstein, SVP, Präsidentin

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Entschuldigt:** Reto Gehrig, CVP

**Traktanden**

- 16.1 Rücktritt Andreas Studer, FDP –  
Ersatzwahl in die ständige Werkkommission
- 16.2 Provisorischer Finanzplan 2007 bis 2011
  - Finanzplan Stadt Wil
  - Finanzplan Technische Betriebe Wil
- 16.3 Voranschlag für das Jahr 2007
  - Investitionsrechnung Stadt Wil
  - Laufende Rechnung Stadt Wil
  - Laufende Rechnung Technische Betriebe Wil
  - Investitionsrechnung Technische Betriebe Wil

Die Beratungen sind auf Tonband aufgezeichnet und können von den Mitgliedern des Stadtparlamentes und des Stadtrates im Rathaus (Stadtkanzlei) abgehört werden.

16.1.

**Rücktritt Andreas Studer, FDP –  
Ersatzwahl in die ständige Werkkommission**

**Dorothee Zumstein, Parlamentspräsidentin:** Die FDP-Fraktion schlägt als Kandidaten für die Ersatzwahl in die ständige Werkkommission für den Rest der Amtsdauer 2005-2008 Bruno Egli, FDP, vor.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Die Wahl erfolgt offen.

**Beschluss:** Bruno Egli, FDP, wird grossmehrheitlich in die ständige Werkkommission gewählt.

## 16.2.

### Provisorischer Finanzplan 2007 bis 2011

- Finanzplan Stadt Wil
- Finanzplan Technische Betriebe Wil

**Der Stadtrat unterbreitet dem Parlament die provisorischen Finanzpläne 2007 bis 2011 der Stadt Wil und der Technischen Betriebe Wil zur Kenntnisnahme.**

**Dorothee Zumstein, Parlamentspräsidentin:** Der provisorische Finanzplan wird dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet, es können somit keine Anträge gestellt werden. Anregungen zum definitiven Finanzplan können beim Stadtrat deponiert werden.

**Marianne Mettler Nick, Präsidentin Geschäftsprüfungskommission (GPK):** Die GPK hat sich an insgesamt sechs Sitzungen mit dem Finanzplan 2007-2011 und dem Voranschlag 2007 auseinandergesetzt. Für die grosse Arbeit, die geleistet wurde, danke ich meinen fünf Kollegen und der neuen Kollegin, Susanne Hartmann, sehr. Ein spezieller Dank gebührt auch unserer hervorragenden Protokollführerin, Beatrice Mettler. Danken möchte ich schliesslich dem Stadtrat und der Verwaltung.

Die GPK ist der Auffassung, dass sich die Zusammenarbeit in eine wirklich gute Richtung entwickelt hat. In diesen zwei Jahren kann ich einen positiven Fortschritt erkennen, der mich freut. Es ist auch bei unterschiedlichen Ansichten letztlich um die Sache gegangen, nämlich um die Frage, was ist das Beste für unsere Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Unsere Fragen wurden offen und seriös beantwortet, mit den gewünschten Unterlagen wurden wir zeitgerecht bedient. Hier macht sich sicher der Einfluss der Departementssekretärinnen und -sekretäre bemerkbar. Die Unterlagen und Auskünfte kommen inhaltlich professionell und transparent daher.

#### Finanzplan Stadt Wil

Die GPK wurde wiederum frühzeitig informiert über den Inhalt des Finanzplanes. Am 29. August 2006, also vor der endgültigen Verabschiedung des Finanzplanes, hat die GPK mit dem Gesamt-Stadtrat eine gemeinsame Sitzung durchgeführt, anlässlich welcher der Finanzplan vorgestellt und diskutiert wurde.

Der Finanzplan ist ein rollendes Planungs- und Führungsinstrument der Exekutive; entsprechend steht dieses Jahr der Finanzplan 2007-2011 zur Beratung an. Der Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich und er ist durch das Parlament nur zur Kenntnis zu nehmen. Erstmals ist er dieses Jahr als „provisorisch“ gekennzeichnet. Im Frühjahr 2007, bei Vorliegen des Rechnungsabschlusses 2006, wird der definitive Finanzplan 2007-2011 erstellt und dem Parlament wieder zur Kenntnisnahme unterbreitet.

Bei den Unterlagen ist die Handschrift des neuen Finanzverwalters, Reto Stuppan, bemerkbar. Der Finanzplan kommt frisch, übersichtlich und aussagekräftig daher. Die Kodierung der Finanzplanung wurde angepasst, so bedeutet die Zahl 1 bewilligte Investitionen, die Zahl 2 Kredite, die über den Voranschlag eingeholt werden, die Zahl 3 Kredite, die eine parlamentarische Vorlage benötigen, und die Zahl 4 Kredite, die einen Bürgerschaftsbeschluss voraussetzen. Die Priorisierung in Nachhol-, Entwicklungs- und Wahlbedarf wurde beibehalten.

Das wichtigste Ziel des Finanzplanes besteht darin, dass in einer mehrjährigen Betrachtung die Finanzentwicklung der Stadt Wil transparent aufgezeigt wird. Die politischen Ziele, wie sie der Stadtrat in der Legislaturplanung definiert hat, sind wichtig. Im Finanzplan müssen diese Ziele aber umgesetzt und auf ihre Konsequenzen hin überprüft werden. Die Grundlage für den Finanzplan bilden Erkenntnisse aus der Laufenden Rechnung sowie der Voranschlag 2007, die finanzpolitischen Ziele sowie das Investitionsprogramm, das Aufschluss darüber gibt, welche Investitionen in den nächsten Jahren anstehen, geplant oder aus Sicht des Stadtrates wünschbar sind.

Für den Finanzplan kann nicht mit exakten Zahlen operiert werden. So ist es sicher müssig, bei grossen Bauprojekten zu monieren, im Finanzplan vor fünf Jahren sei der Beitrag kleiner gewesen. Die Zahlen sind Schätzungen, folglich muss mit Szenarien gearbeitet werden. Unklar ist auch, wie viele der geplanten Projekte tatsächlich im vorgesehenen Zeitplan umgesetzt werden. Der Stadtrat gibt die Werte für eine Umsetzung von 100 Prozent und eine solche von 75 Prozent an. Die GPK ist der Auffassung, dass angesichts des gegenwärtigen Fortschreitens gewisser Projekte sogar eine 75-prozentige Umsetzung ambitiös ist.

Man erstellt den Finanzplan immer auch aufgrund von allgemeinen Annahmen. Leider werden diese vom Stadtrat getroffenen Annahmen nicht ausdrücklich erwähnt, was aus meiner Sicht zu wünschen wäre. Es gibt verschiedene, zweifellos vernünftige Annahmen: Dass die Wirtschaft in den nächsten Jahren moderat wächst, auch wenn aktuell aus den USA ein Konjunkturerinbruch gemeldet wird, der auch auf die Schweiz seine Auswirkungen haben könnte; dass die Arbeitslosenzahlen im Kanton St. Gallen jetzt markant zurückgegangen sind und wir dieses tiefe Niveau auch weiterhin halten können; dass die Teuerungsrate weiterhin tief bleibt; dass wir von einem anhaltend tiefen Zinsniveau profitieren können; dass die Bevölkerung in Wil weiter, wenn auch in geringem Masse, wachsen wird. Diese Annahmen stellen aber immer auch Unsicherheiten dar, wir können nur Prognosen über die zukünftige Entwicklung stellen.

In seinen finanzpolitischen Zielen orientiert sich der Stadtrat wiederum an den Kennzahlen, die aber in der Planperiode nicht in allen Punkten erreicht werden. Trotzdem ist es richtig, dass an diesen finanzpolitischen Zielen festgehalten wird. Die Verschuldung steigt von 42 Millionen auf 73 Millionen Franken bis Ende 2011 an oder bei 75-prozentigem Umsetzungsgrad der Investitionen auf 59 Millionen. Trotz des hohen Investitionsvolumens, das höhere Abschreibungen und eine höhere Zinsbelastung auslöst, resultieren nur geringe Aufwandüberschüsse. Diese können durch das geäußerte Eigenkapital von 10 Millionen Franken ausgeglichen werden. Insgesamt beträgt das Investitionsvolumen in den nächsten fünf Jahren rund 86 Millionen Franken oder bei einem Erfüllungsgrad von 75 Prozent rund 73 Millionen Franken. Für das nächste Jahr sieht der Voranschlag bereits eine Nettoinvestition von 19,8 Millionen Franken vor.

Wir stehen also vor einem „Investitionsberg“ und können nur sagen: Packen wir die anstehenden Aufgaben an. Die finanzielle Ausgangslage ist günstig, die geplanten grossen Investitionen im Bildungs-, Sport und Altersbereich sowie im Rathaus wirken nachhaltig und garantieren einen Standortvorteil der Stadt Wil. Mit einer sorgsamem Finanzplanung und einem grossen Kostenbewusstsein müssen wir aber gleichzeitig dafür sorgen, dass auch die kommende Generation noch über genügend finanziellen Spielraum verfügt.

#### Finanzplan Technische Betriebe Wil (TBW)

Schwerpunkte im Finanzplan der Technischen Betriebe sind hauptsächlich die Erneuerungsinvestitionen, der Netunterhalt sowie die Prognosen über den Energieabsatz. Dabei werden die vier Geschäftsbereiche

Elektrizität, Kommunikation, Erdgas und Wasser einzeln aufgeführt, die Overheadkosten der Verwaltung werden anteilmässig umgelagert.

Die TBW richtet sich in der Beurteilung ihres Finanzplanes nach zwei Kennzahlen: Dem Selbstfinanzierungsanteil von Investitionen und der Anlagendeckung, dem Verhältnis also von Anlagevermögen zu Eigenkapital. Alle vier Bereiche sind bezüglich dieser zwei Kennzahlen in einer guten bis sehr guten finanziellen Situation. Selbstverständlich ist dieselbe Kennzahl beispielsweise bei der Kommunikation nicht gleich zu beurteilen wie jene bei der Wasserversorgung. In der Kommunikation mit ihrem rasanten Technologiewandel sind andere finanzielle Voraussetzungen notwendig, als in der behäbigen Wasserversorgung mit einer sehr langen Lebensdauer des Netzes.

Neben den Investitionen in die Anlagen schlägt der geplante Büroneubau mit 5,86 Millionen Franken in den Jahren 2007 und 2008 zu Buche. Dieser Büroneubau schmälert die insgesamt komfortable Lage aber nur unwesentlich.

**Die GPK beantragt dem Parlament, von den provisorischen Finanzplänen 2007-2011 der Stadt Wil und den Technischen Betrieben Wil Kenntnis zu nehmen.**

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Erstmals liegt Ihnen ein provisorischer Finanzplan vor. Der definitive Finanzplan wird Ihnen, wenn immer möglich, zusammen mit der Rechnung 2006 im kommenden Frühling unterbreitet. Der provisorische Finanzplan basiert auf einem prognostizierten Stand per Ende Jahr. Abweichungen sind somit sowohl auf der Ertrags-, als auch auf der Aufwandseite möglich. Das wird sich ab dem kommenden Jahr nun ändern, weil im Frühling eben verbindliche Zahlen vorhanden sind.

Die Investitionsplanung zeigt einen hohen Bedarf. So haben die Departemente 112 Millionen Franken an Investitionen eingegeben. Nach Priorisierung durch den Stadtrat resultierten noch 82 Millionen Franken, bei 75-prozentigem Realisierungsgrad ergeben sich Investitionen von 62 Millionen Franken. Das führt zu einer höheren Verschuldung am Ende dieser Finanzplanperiode von 59 Millionen Franken bzw. von 133 Steuerprozenten.

Im Weiteren verweise ich auf die schriftlich vorliegenden Einschätzungen des Stadtrates auf Seite 63 des Finanzplanes. Ebenfalls möchte ich bei dieser Gelegenheit für die konstruktive Zusammenarbeit zwischen GPK und Stadtrat danken. Ich ersuche Sie im Namen des Stadtrats, den provisorischen Finanzplan 2007-2011 zur Kenntnis zu nehmen.

Finanzplan Stadt Wil (Teile 1-3)

**Norbert Hodel, FDP:** Ob die vorliegende Finanzplanung von Parlament und Volk dereinst mitgetragen wird, darf sicherlich in Frage gestellt werden. Auch der Stadtrat rechnet zwar nur mit einem 75-prozentigen Umsetzungsgrad der Investitionen. Trotzdem plant er das „volle Programm“ und will den Steuerfuss unverändert auf 129 Prozent belassen. Überdies wird jährlich mit höheren Steuereinnahmen gerechnet (+ 3,5%), während beim jährlichen Ausgabenwachstum rund 2 Prozent eingesetzt sind. Somit ist ein Einnahmenüberschuss von rund 1,5 Prozent zu erwarten. Der Personalaufwand wiederum steigt in der Planungsperiode um 8 Prozent, während der Sachaufwand nur um 4 Prozent steigen soll. Hier plant der Stadtrat sicher richtig, sollen der Verwaltung doch auch weiterhin gut qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Beim Sachaufwand hingegen fordere ich den Stadtrat auf, diesen einer dringend notwendigen Schlankheitskur zu unterziehen.

Zur Investitionsplanung: Das gesamte Investitionsvolumen 2007-2011 beträgt bekanntlich 82 Millionen Franken. Davon bewilligt sind erst rund 24 Millionen Franken. Bei 75-prozentigem Realisierungsgrad bedeutet das 43 Millionen Franken an noch nicht bewilligten Investitionen. Pro Jahr macht das rund 2,9 Millionen Franken an nicht umgesetzten Investitionen aus, was rund 9 Steuerprozenten jährlich entspricht. Und selbst diese 75 Prozent Umsetzungsgrad scheinen unserer Fraktion wie der GPK äusserst ambitiös. Entsprechend nimmt die FDP vom provisorischen Finanzplan 2007-2011 zwar Kenntnis, kann ihn aber nur teilweise nachvollziehen. Bei Beratung des Voranschlags 2007 werden wir denn eine moderate Steuerfussenkung von 3 Prozent beantragen. Wir denken dabei auch an den harten Steuerwettbewerb, dem unsere Stadt permanent ausgesetzt ist und eine Linderung ist auch mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz nicht absehbar. Mit einem Steuerfuss von 129 Prozent wird unsere Stadt folglich immer mehr ins Hintertreffen geraten und potenzielle Investoren eher abschrecken. Dies ist umso verständlicher als wir bereits heute ohne grosse Abstriche 9 Steuerprozent „verkräften“ könnten.

**Luc Kauf, GRÜNE prowil:** Wir bezweifeln, dass der Finanzplan in dieser Form als Führungsinstrument überhaupt tauglich ist. Wir bevorzugen ein dynamisches Denken, welchem die vorliegende lineare Aufrechnung der Kosten keineswegs gerecht wird. Im Vorspann zum Finanzplan ist festgehalten: „In der Erarbeitung sollten Ziele, Visionen und Zukunftsszenarien des Gemeinwesens entwickelt werden.“ Eine solche Definition kann unmöglich linear verpackt werden. Auch die Investitionsplanung hinterlässt Fragezeichen, zum Beispiel: Sind die Vorleistungen für die Investitionen im Plan? Welche Vorkehrungen wurden getroffen, damit den einzelnen Vorhaben eine möglichst breite Akzeptanz erwächst? Wir erwarten deshalb vom Stadtrat, dass er mit dem definitiven Finanzplan einerseits seine Vorgaben auf Seite 1 besser umsetzt und die Investitionsplanung transparenter wird.

**Marcus Zunzer, CVP:** Ich habe kein Verständnis für den angekündigten FDP-Antrag auf eine Steuerfussenkung von 3 Prozent. Dies im Wissen, dass der Schuldenberg ohnehin noch wächst. Zwar hat der Stadtrat den Vorstoss „Schuldenabbau“ mit wenig Begeisterung entgegengenommen, zu hoffen ist aber doch, dass er die aufgetragene Aufgabe seriös umsetzt. Ein Nebeneffekt eines positiven Arbeitsergebnisses könnte nämlich sein, dass die Debatte über den Steuerfuss auf einem anderen Niveau geführt wird. An die Adresse der GRÜNEN prowil: das Postulat Schuldenabbau peilt klar eine langfristige Wirkung an.

**Dario Sulzer, SP:** Die SP erachtet den unterbreiteten provisorischen Finanzplan als sehr ehrgeizig. Die eingeschlagene Richtung ist zwar meistens nachvollziehbar, die anstehenden Investitionen sind ausgewiesen und bedeuten für die Stadt klar eine Attraktivitätssteigerung.

Der Antrag der FDP ist auch für uns unverständlich. Einige ebenfalls bedenkenswerte Tatsachen wurden von der FDP ausgeblendet. So sind die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes und des neuen Finanzausgleichs noch völlig unklar, ebenso wissen wir wenig über die künftige Wirtschaftsentwicklung. Mit den geplanten Investitionen wächst die Verschuldung, insofern steht eine Senkung des Steuerfusses nicht zur Diskussion.

**Klaus Rüdiger, SVP:** Unsere Fraktion erachtet den vorliegenden provisorischen Finanzplan keineswegs als „ehrgeizig“, im Gegenteil, mutlos kommt uns diese Finanzplanung vor. Der wachsende Schuldenberg erfüllt auch uns mit Sorge, trotzdem wünschen wir uns eine etwas mutigere Planung, nehmen den Finanzplan aber zur Kenntnis und signalisieren Unterstützung des Antrags der FDP.

#### Weitere Voten

- **Christof Gämperle, FDP:** Wir diskutieren im Finanzplan nur Prognosen. Wer weiss denn schon, dass die Verschuldung wächst? Schliesslich hat es dieses Haus in Händen, wie stark die Schulden wachsen sollen oder eben nicht. In den letzten Jahren haben wir zwei Mal die Steuern gesenkt und siehe da: gleichzeitig waren wir in der Lage, übermässig Schulden abzubauen. Zum Steuergesetz: mittlerweile wurden die prognostizierten Ausfälle und dies entgegen der Schwarzmalerei von linker Seite bereits im laufenden Jahr überkompensiert. Beim Finanzausgleich Bund-Kanton dürfte der Kanton St. Gallen rund 150 Millionen Franken erhalten, davon sollen gemäss Aussage der Kantonsregierung etwa die Hälfte an die Gemeinden fliessen. Was ich im Finanzplan vermisse, sind denn allfällige positive Entwicklungen auf der Einnahmenseite. Jedenfalls bin ich überzeugt, dass sich die Einnahmenseite deutlich positiver entwickelt als uns dies der Stadtrat weismachen will. Unser Antrag auf 3 Prozent Steuerfussenkung ist also mehr als moderat, eher schon fast unanständig tief.
- **Benno Krüsi, SP:** Ich gehöre zu den Schwarzmalern, aber Rot ist die Farbe der Sicherheit. Bleiben wir doch auf der sicheren Seite und belassen den Steuerfuss bei 129 Prozent. Sorgen wir dafür, dass wir die Verschuldung einigermaßen im Griff behalten. Was zum Beispiel will die FDP denn nicht bauen?
- **Norbert Hodel, FDP:** Ich habe nicht gesagt, dass wir nicht bauen, sondern lediglich den Stadtrat zitiert, der von einem Realisierungsgrad von 75 Prozent ausgeht.

**Marianne Mettler Nick, Präsidentin Geschäftsprüfungskommission (GPK):** Antrag 2 des Stadtrates, der Steuerfuss für das Jahr 2007 sei auf 129 Prozent zu belassen, wurde von der GPK mit 6:1 Stimmen unterstützt.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Ein Finanzplan ist kein Mehrjahresbudget. Die 75 Prozent Realisierungsgrad sind ein Erfahrungswert, sicher nichts Neues und erst recht nichts Unrealistisches. Übrigens gibt es zwei Gründe, welche gegen ein geplantes Vorhaben sprechen können: zum einen die Ablehnung durch das Volk und zum anderen aus zeitlichen Gründen. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben. Mit Bezug auf die Aussage, man solle endlich einmal die Steuern senken, so erinnere ich gerne daran, dass wir per 1.1.2003 und per 1.1.2006 eine Steuerfussenkung von je 2 Prozenten beschlossen haben. Zur Null-Verschuldung, ich zitiere Marcus Zünzer aus dem Protokoll vom 2. November 2006: „Auch der Bund treibt in guten Zeiten den Abbau der Verschuldung voran, wie Bundesrat Merz unlängst erklärte.“ Auch wir haben das getan und doch weisen wir trotz guter Abschlüsse immer noch eine Verschuldung von 40 Millionen Franken per Ende Jahr und Schulden bei Dritten von über 80 Millionen Franken aus. Übrigens dauerte es bis ins Jahr 2025, mit den beantragten 3 Prozent Steuerfussenkung und bei Realisierung der bereits bewilligten Investitionen sowie 2,5 Millionen Franken jährlich für die Substanzerhaltung, bis wir eine Null-Verschuldung hätten.

#### Finanzplan Stadt Wil (Teile 4-8)

**Mark Zahner, SP:** Ich spreche zu Teil 5 Investitionsplanung, *Konto 131 5010.104 Kirch- und Bärenplatz-Gestaltung:* Der Pausenplatz des Kirchplatzschulhauses ist so trist wie zur Einweihung vor sieben Jahren. Schon damals habe ich - erfolglos - den Antrag auf eine kinderfreundliche Gestaltung des Platzes gestellt. Die Umsetzung ist erst auf 2010/2011 bzw. noch später geplant. Die SP ist der Meinung, das ist zu spät. Wir regen deshalb an, das Projekt vorzuziehen. Mit dem Budget 2006 bewilligten wir 10'000 Franken für die Gestaltung. Was konkret wurde damit gemacht?

**Stadträtin Marlis Angehrn:** Wir haben in enger Zusammenarbeit mit den Eltern ein sehr gutes Projekt ausgearbeitet. Dafür wurden auch die fraglichen 10'000 Franken aufgewendet. Es fehlen jedoch noch die polizeilichen Bewilligungen für die vorgesehenen Malereien auf der Kirchgasse. Ich hoffe nicht, dass es daran scheitert.

**Stadtrat Beda Sartory:** Die Gestaltung umfasst zwei Teile, den Platz unmittelbar vor dem Schulhaus bis zur Kirchgasse, der als öffentlicher Weg klassiert ist. Der zweite Teil ist die Strasse, also die Kirchgasse. Wir haben umfangreiche juristische Abklärungen getroffen und sind zuversichtlich, das Projekt noch dieses Jahr im Stadtrat behandeln zu können.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir haben schon so manchmal gehört, was wir alles aus rechtlichen Gründen nicht können. Ich wünsche mir, dass der Stadtrat ein wenig Mut zeigt, damit der Kirchplatz so gestaltet werden kann, wie es die Schule und Elternvereinigung will.

**Marianne Mettler Nick, Präsidentin Geschäftsprüfungskommission (GPK):** *Konto 130.5030.111 Lokremise; Erwerb:* Diese Investition ist quasi eine Folge der 2. Bauetappe Hof zu Wil bzw. der Verlegung der Stadtbibliothek ins Brauhaus an den heutigen Standort der Kunsthalle. Die GPK ist der Meinung und empfiehlt dem Stadtrat, dass auch andere kostengünstigere, zentralere Standorte für die Kunsthalle geprüft werden sollen.

**Klaus Rüdiger, SVP:** Auch unsere Fraktion stellt sich die Frage, ob der Stadtrat auch andere, kostengünstigere Standorte für die Kunsthalle in Betracht zieht.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Das Projekt wird dem Parlament mit einer separaten Vorlage unterbreitet. An sich ist es ja nicht zwingend, dass eine Stadt eine Kunsthalle unterhält. Wir haben verschiedene Standorte evaluiert mit dem Ziel, eine definitive Lösung zu erhalten. Zwei Standorte werden dabei vom Stadtrat favorisiert, nämlich die Kleinviehmarkthalle und eben die erwähnte Lokremise. In den Finanzplan haben wir bewusst die teurere Variante "Lokremise" aufgenommen, obwohl der Standortentscheid im Stadtrat noch nicht gefällt ist.

**Dario Sulzer, SP:** Ich rege an, im definitiven Finanzplan auch die Investitionen der Technischen Betrieben in die Grafik auf Seite 20 aufzunehmen.

#### Finanzplan Technische Betriebe Wil

Keine Bemerkungen

**Dorothee Zumstein, Parlaments-Vizepräsidentin,** stellt fest, dass der provisorische Finanzplan 2007-2011 der Stadt Wil sowie der Finanzplan der Technischen Betriebe Wil 2007-2011 vom Parlament zur Kenntnis genommen wurden.

### 16.3.

#### Voranschlag für das Jahr 2007

- Investitionsrechnung Stadt Wil
- Laufende Rechnung Stadt Wil
- Laufende Rechnung Technische Betriebe Wil
- Investitionsrechnung Technische Betriebe Wil

Der Stadtrat unterbreitet dem Parlament folgende **Anträge**:

1. Die Voranschläge der Verwaltungs- und Sonderrechnungen der Stadt Wil für das Jahr 2007 seien zu genehmigen.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2007 sei auf 129 Prozent der Einfachen Steuer festzusetzen.
3. Der Grundsteuersatz für das Jahr 2007 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.
4. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffer 1 bis 3 gemäss Art. 9 lit. f Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.
5. Nachtrag I: Dem städtischen Personal sei eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent zu gewähren.

**Dorothee Zumstein, Parlamentspräsidentin:** Aufgrund der Prüfungsergebnisse beantragt die GPK dem Parlament, es sei auf den Voranschlag 2007 einzutreten.

Eintreten wird nicht bestritten und zum Beschluss des Parlaments erhoben.

#### Detailberatung

**Marianne Mettler Nick, GPK-Präsidentin:** Der Voranschlag 2007 besteht aus Bericht und Antrag vom 11. Oktober 2006, dem eigentlichen Voranschlag 2007, dem Kommentar dazu und dem blauen Blatt mit den GPK- Anträgen sowie dem gestern per Mail verschickten und heute auf gelbem Papier vorliegenden Nachtrag I des Stadtrates vom 6. Dezember 2006. Der Voranschlag 2007 des Stadtrates sieht bei einem Gesamtaufwand von Fr. 96'979'300.-- und einem Gesamtertrag von Fr. 96'827'200.-- einen Aufwandüberschuss von Fr. 152'100.-- vor. Das kann als rote Null oder als ausgeglichenes Budget bezeichnet werden.

Das Ausgabenwachstum gegenüber 2006 ist klein und liegt 1,26 Prozent höher als im Voranschlag 2006. Für das Jahr 2007 wird mit einer Wirtschaftswachstumsrate von 1,9 Prozent gerechnet. Das Wachstum der städtischen Ausgaben liegt also unter dem Wachstum des Bruttoinlandprodukts. Beim Ertrag wird von einer Steigerung von 0,99 Prozent gegenüber dem laufenden Jahr ausgegangen. Mit dem von den Stimmbürgern genehmigten 2. Nachtrag zum kantonalen Steuergesetz gehen in den Gemeinden die Steuererträge zurück. Es muss aufgrund der Änderungen im Steuergesetz mit Steuerausfällen von 4,6 Prozent gerechnet werden. Da aufgrund der guten Wirtschaftslage aber eine Steuerwachs-

tumsrate von 2,5 Prozent prognostiziert wird, beträgt der Rückgang bei der Einfachen Steuer effektiv nur 2,1 Prozent.

Die kantonale Politik hat natürlich immer auch Auswirkungen auf die Gemeinden und ist damit in der Finanzplanung ein „Unsicherheitsfaktor“. So wird der innerkantonale Finanzausgleich gegenwärtig in der vorberatenden Kommission des Kantonsrates behandelt. Geht es nach dem Willen der Regierung, erhält die Stadt Wil keinerlei Ausgleich für ihre Zentrumsleistungen. Der Stadtrat hat denn zu Recht darauf hingewiesen, dass nicht nur die Stadt St. Gallen, sondern auch die kleineren Städte wie Rorschach, Buchs, Rapperswil-Jona und eben auch Wil Zentrumslasten für zentralörtliche Leistungen zu tragen haben und damit ebenfalls berücksichtigt werden sollen beim Sonderlastenausgleich Stadt. Wir sind daher gespannt auf die Kommissionsarbeit und die Beratung im Kantonsrat dieser Vorlage.

Die GPK hat das Budget 2007 detailliert geprüft und in Gesprächen mit den jeweiligen DepartementsvorsteherInnen und den DepartementssekretärInnen diskutiert und Fragen geklärt. Insbesondere hat die GPK auch die Stellenplanänderungen analysiert. Die GPK ist mit den vorgesehenen Änderungen einverstanden und unterstützt sie. Auf den beantragten 50-Prozent-Stellenausbau im Departement Bau Umwelt und Verkehr komme ich beim entsprechenden Konto zu sprechen.

Die GPK hat sodann die Löhne diskutiert und ist grossmehrheitlich der Meinung, dass die Zeit für eine Lohnerhöhung reif sei. Allgemein steigen die Löhne im 2007, das Wirtschaftswachstum entwickelt sich positiv und die Stadt Wil hat erfreuliche Rechnungsabschlüsse in Folge vorzuweisen, dies ebenfalls als Verdienst der Mitarbeitenden. Eine Lohnerhöhung soll aber auch Ausdruck der Anerkennung und der Wertschätzung sein für die gute Arbeit, die tagtäglich geleistet wird. Die GPK vertritt aber die Auffassung, dass es Sache des Stadtrates sei, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die nun vorgeschlagene Realloohnerhöhung von 1 Prozent wird von der GPK grossmehrheitlich unterstützt, konkret mit 5:1-Stimmen und einer Enthaltung.

Die kantonale Lohnerhöhung von 1,7 Prozent, die für die städtischen Lehrerinnen und Lehrer zum Tragen kommt, kann nicht zum Vergleich herangezogen werden. Der Kanton hat Nachholbedarf, was den Teuerungsausgleich betrifft. Die Stadt Wil hat die Teuerung stets ausgeglichen.

Ebenso hat die GPK den Voranschlag der TBW geprüft. Die TBW budgetieren Fr. 2'652'000.-- Abgaben an die Stadt, zusammengesetzt aus 5 Prozent der Substanzwertes und 15 Prozent des Reingewinns. Trotz der kürzlich erfolgten Strompreisreduktion erhöhen sich die budgetierten Abgaben gegenüber dem Voranschlag 2006 um Fr. 245'000.--.

Die Investitionsrechnung 2007 rechnet mit Nettoinvestitionen von Fr. 19'589'000.-- gemäss Investitionsplan, das heisst auch mit Investitionen, die noch bewilligt werden müssen. Die Investitionsrechnung ist sehr übersichtlich gestaltet. Generell gilt: das vorliegende Budget ist gut und seriös erarbeitet. Der Stadtrat ist damit auf dem richtigen Weg und hat die Unterstützung der GPK.

Die GPK unterbreitet dem Parlament folgende Anträge:

- 1. Die Voranschläge der Verwaltungs- und Sonderrechnungen der Stadt Wil für das Jahr 2007 seien – unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge – zu genehmigen (einstimmig).**

2. Der Steuerfuss für das Jahr 2007 sei auf 129 % der Einfachen Steuer festzusetzen.
3. Der Grundsteuersatz für das Jahr 2007 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.
4. Es sei festzustellen, dass die Beschlüsse Ziffer 1 bis 3 gemäss Art. 9 lit. f Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterstehen.
5. Separater Antrag I zur Laufenden Rechnung 2007, Konto 10 Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung; 1041 Bauverwaltung .3010 Löhne, .3030 Sozialversicherungsbeiträge, 30.40 Personalversicherungsbeiträge, .3050 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge: Die zusätzlichen 50 Stellenprozente „Projektleiter Verkehr“ seien vorläufig nicht zu genehmigen, die jeweiligen Konti aber nicht zu kürzen. Konto 10 Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung; 1041 Bauverwaltung .3182 Honorare, Begutachtungen, Prozesskosten: Es seien Fr. 20'000.-- zusätzlich für eine Organisationsentwicklungs-Analyse zu budgetieren, total Fr. 89'000.--.
6. Separater Antrag II zur Laufenden Rechnung 2007, Konto 14 Gesundheit, 140 Spitäler, .3660 Beiträge aus Freibettenfond, .4800 Bezug vom Freibettenfond: Der Betrag von je Fr. 60'000.- ist zu streichen. Konto 15 Soziale Wohlfahrt, 1570 Alterszentrum Sonnenhof, .4801 Bezug vom Freibettenfond, .3811 Einlage in Betriebsreserve, .3832 Einlage in Unterhalts-/Erneuerungsreserve: Der Bezug von Fr. 60'000.-- aus dem Freibettenfond ist zu streichen und die Einlagen in die Betriebsreserve und Unterhalts-/Erneuerungsreserve um Fr. 60'000.-- zu kürzen.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Der Voranschlag 2007 zeichnet sich durch folgende wesentliche Merkmale aus: Es besteht eine Unsicherheit auf der Einnahmenseite wegen der Revision des Steuergesetzes. Die Kompensationen des Kantons im Bereich Ergänzungsleistungen und Anteil an Steuerertrag der juristischen Personen sind im Voranschlag berücksichtigt. Im Weiteren ist im Voranschlag eine strikte Ausgabendisziplin zu erkennen. Mit einem Wachstum von 1,2 % liegen wir unter dem Bruttoinlandprodukt von 2,1 für 2006 oder 1,9 für 2007 und auch unter der Prognose im Finanzplan von 2 %. Der Voranschlag ist mit einem Defizit von 152'000 Franken bzw. 1,5 Promille tatsächlich ausgeglichen. Der Stadtrat stellt ergänzend den Antrag, dem städtischen Personal eine Realloohnerhöhung von 1 % zu gewähren. Das kann praktisch budgetneutral realisiert werden; die entsprechende Begründung liegt Ihnen vor. Der Stadtrat beantragt Zustimmung zu den Anträgen der GPK und zur beantragten Realloohnerhöhung gemäss Nachtrag I zum Voranschlag 2007.

#### Voranschlag 2007 – Allgemeine Bemerkungen

**Christoph Hürsch, CVP:** Die CVP ist in weiten Teilen mit dem vom Stadtrat vorgelegten Voranschlag inkl. Investitionen einverstanden und freut sich über das ausgeglichene Budget. Die GPK hat den Budgetierungsprozess eng begleitet und festgestellt, dass nach den ersten Eingaben sämtliche Departemente nochmals über die Bücher gehen mussten. Wichtig erschien uns, dass der Wille im Stadtrat vorhanden war, jede Ausgabe zweimal zu prüfen. Die positiven Ergebnisse verdanken wir auch den Mitarbeitenden der Stadt, weshalb sich die CVP dem Antrag des Stadtrates betreffend Realloohnerhöhung anschliessen wird. Im Gegensatz dazu werden wir jedoch die Steuerfussreduktion nicht unterstützen. Dies insbesondere auch deshalb, weil das Parlament vor Kurzem dem Postulat Zunzer, welche die Vision einer periodisch schuldenfreien Stadt zum Inhalt hat, überwiesen hat. Eine Steuerfussreduktion von 3 % führt zu Mindereinnahmen von 1 Mio. Franken pro Jahr, was 1 Mio. Franken mehr Schulden pro Jahr bedeutet.

**Christof Gämperle, FDP:** Im Jahr 2001 hat uns der Stadtrat für 2005 eine Verschuldung von 65,4 Mio. Franken prognostiziert. In Tat und Wahrheit haben wir jedoch nur 43 Mio. Franken. Die Verschuldung ist damit deutlich niedriger, als dies das Parlament einmal zur Kenntnis genommen hat. Im Bericht und Antrag des Stadtrates vom 11. Oktober 2006 hat der Stadtrat zwar gute Feststellung gemacht, jedoch die falschen Schlüsse gezogen. Alle Finanzpläne der vergangenen Jahre haben ein sehr düsteres Bild gemalt, die rückblickend hellblau hätten korrigiert werden müssen. Wenn der Grad des Irrtums gleich gross bleibt wie in den Jahren 2001 bis 2005, in denen total rund 21 Mio. Franken Überschüsse erzielt wurden, und wir die Steuern um 3 Prozent senken, so haben wir immer noch 3 Mio. Franken übrig. Und so gesehen ist das eben durchaus kompatibel mit der Vision "Zero" gemäss Postulat Zunzer. Zusammengefasst kann man somit nur zum Schluss kommen, die Steuern zu senken. Voranschläge sind immer Hypothesen; Rechnungen müssen verglichen werden und dann ist die Zahl des Wachstums auch nicht mehr so klein, wie man uns weismachen will. Die FDP ist jedenfalls nicht mehr bereit, eine überhöhte Zeche zu bezahlen und ich bitte alle uns zu unterstützen. Ich stelle somit folgende **Anträge**:

1. **Der Steuerfuss für das Jahr 2007 sei auf 126 Prozent festzusetzen. oder alternativ  
Der Grundsteuersatz für das Jahr 2007 sei auf 0,3 Promille festzusetzen.**
2. **Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament für das Jahr 2008 einen ausgeglichenen Voranschlag unter Zugrundelegung einer Steuerfussenkung von wenigstens 5 Prozent der Einfachen Steuer zu unterbreiten.**

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir müssen nicht darüber reden, wer wie gut rechnen kann, sondern darüber, wer welche politischen Ansichten hat. Es findet ein Verteilungskampf statt. Wenn man die Steuern reduzieren will, dann soll man dem Volk auch sagen, wo man dieses Geld sparen will. Ansonsten versteckt man sich beim wenig Populären und plustert sich auf beim äusserst Populären. Wenn man jedoch gleichzeitig auch die möglichen Konsequenzen aufzeigt, dann finden viele auf einmal eine Steuerfussreduktion nicht mehr so gut. Kommt hinzu, dass eine Steuerfussreduktion ohnehin nur bei denjenigen ab einer gewissen Einkommensklasse spürbar wird. Diese befinden sich jedoch heute schon auf der Sonnenseite. Dem Antrag der FDP ist nicht zuzustimmen.

#### Investitionsrechnung

##### Konto 10 – Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung

**Benno Krüsi, SP:** *Konto 107.5030.106/111 Rathaus; Projekt Sanierung, Marktgasse 57; Projekt Umbau/Sanierung.* Die Rathaussanierung erachtet die SP-Fraktion als notwendig. Vorbehalte haben wir jedoch beim Umbau- und Sanierungsprojekt Marktgasse 57. Der heutige Wohnraum im Gebäude gibt im Gegensatz zum Hochbauamt Publikumsverkehr in der Altstadt und sollte erhalten bleiben. Wir haben bereits bei der Beratung des Liegenschaftskonzepts, welches das Parlament an den Stadtrat zurückgewiesen hat und immer noch hängig ist, unsere Vorbehalte angemeldet. **Die SP-Fraktion beantragt Streichung des Projektierungskredits für Umbau/Sanierung der Liegenschaft Marktgasse 57.**

**Stadtrat Beda Sartory:** In der Marktgasse 57 soll nicht nur das Hochbauamt unterkommen, sondern das ganze Departement Bau, Umwelt und Verkehr. Das Vorhaben wurde im Liegenschaftskonzept ausführlich erörtert. Das Departement Bau, Umwelt und Verkehr soll in der Altstadt bleiben und die Synergien

zum Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung weiter genutzt werden. Entsprechend wurde die Idee einer Unterbringung im neuen TBW-Gebäude verworfen und die Liegenschaft Marktgasse 57 käuflich erworben. Die Sanierung des Rathauses kann somit nicht losgelöst vom Umbau der Marktgasse 57 betrachtet werden. Beide Vorhaben sollen auch gleichzeitig projektiert werden. Den Grundsatzentscheid TBW fällen Sie vor dem Projekt Rathaus/Marktgasse 57. Ich bitte Sie dringend, die beiden Kredite unverändert zu belassen.

#### Weitere Voten

- **Benno Krüsi, SP:** Ich bin immer noch für Streichung. Wenn wir anschliessend die Zusammenlegung TBW/Departement BUV erneut diskutieren, setzen wir unter Umständen die 120'000 Franken Projektierungskosten in den Sand.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir sind der Auffassung, beide Projektierungskredite seien heute nicht zu bewilligen. Das Parlament hat das Liegenschaftskonzept zurückgewiesen. Die Rathausprojektierung wurde auf Antrag der FDP gestoppt, die Hälfte der Kosten von insgesamt 300'000 Franken war damals bereits ausgegeben. Solange das Liegenschaftskonzept nicht vorliegt, sollten keine Entscheide gefällt werden, welche im Bereich Nutzung/Ausbau von Liegenschaften finanzrelevant sind. Wir stellen Ihnen folglich den **Antrag, die Kredite gemäss Konto 5030.106 sowie Konto 5030.111 nicht zu bewilligen.**

**Stadtrat Beda Sartory:** Unabhängig vom Vorliegen eines Liegenschaftskonzepts muss der Stadtrat weiter arbeiten können. Entsprechend sollte es bei entsprechender Bereitschaft auch möglich sein, die künftigen drei Standorte der Verwaltung bereits heute zu diskutieren. Zudem drängt die Zeit, denn die Liegenschaften sind dringend sanierungsbedürftig und die einzuleitenden Massnahmen sollen in der Projektierung berücksichtigt werden.

#### Weitere Voten

- **Guido Wick, GRÜNE prowil:** Lassen Sie sich nicht erpressen. Die erwähnten Sanierungsmassnahmen sind gebundene Ausgaben und können auch ohne den Segen des Parlaments getroffen werden.
- **Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Wenn wir beispielsweise eine Fassadenrenovation für 2 Millionen Franken als gebundene Ausgabe deklarieren würden, müssten wir zu Recht mit Ihrer Kritik rechnen. Die Rückstellung des Projekts Rathaus-Sanierung erfolgte damals übrigens angesichts des zu schnürenden Massnahmenpakets.
- **Norbert Hodel, FDP:** Wir haben das Liegenschaftskonzept zurückgewiesen und erwarten eine „Neuaufgabe“. Entsprechend können jetzt auch keine Projektierungskredite bewilligt werden.
- **Stadtrat Beda Sartory:** Niemand hat gesagt, das Rathaus breche zusammen. Wir haben einzig auf die dringende Sanierungsbedürftigkeit hingewiesen. Noch einmal: wenn die Kredite zurückgestellt werden, muss saniert werden. Ob das allerdings sinnvoll ist ohne konkretes Gesamtprojekt?
- **Christoph Hürsch, CVP:** Die Marktgasse 57 war im Liegenschaftskonzept als Kaufobjekt festgehalten. Niemand hat sich dagegen gewehrt. Auch ich bin für ein Liegenschaftskonzept, aber darauf warten wir noch eine Weile. Bis dahin könnte das Rathaus tatsächlich zusammenbrechen. Behaften Sie den Stadtrat auf seiner Aussage, die beiden Kredite erst anzurühren, wenn die Frage des TBW-Neubaus geklärt ist.
- **Guido Wick, GRÜNE prowil:** Zuerst muss doch ein Nutzungskonzept über die Liegenschaften vorliegen, bevor weitere grössere Investitionen getätigt werden. Zudem ist das Rathaus ohnehin eine

„Wundertüte“. Vielleicht kommt das Parlament ja auch zum Schluss, dass das Rathaus einer ganz neuen Nutzung zugeführt werden sollte.

- **Stadtrat Beda Sartory:** Ich versichere Ihnen: die Projektierungskredite werden nicht freigegeben ehe die TBW-Vorlage beraten ist.
- **Norbert Hodel, FDP:** Ein Flickwerk Rathaus ohne Liegenschaftskonzept kann und will ich nicht annehmen. Bitte unterstützen Sie den Antrag von Guido Wick.
- **Christof Gämperle, FDP:** Es stellen sich zwei Fragen: wann kommt das Liegenschaftskonzept? Was verlieren wir an Geld, wenn die Projektierung jetzt nicht in Angriff genommen werden kann?
- **Stadtrat Beda Sartory:** Das Liegenschaftskonzept liegt voraussichtlich im Sommer 2007 vor. Über die Höhe der Sanierungskosten kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft geben.
- **Alfred Rüegg, CVP:** Beginnt die Projektierung „Rathaus“ bei Null oder kann auf dem ersten Projekt aufgebaut werden? Die Sanierung der Marktgasse 57 indes scheint dringlicher zu sein.
- **Stadtrat Beda Sartory:** Die Planungsgrundlagen müssen weitgehend überarbeitet werden, weil zwischenzeitlich die Verwaltungsreform stattgefunden hat. Die Planung soll parallel zu jener der Marktgasse 57 laufen und sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.
- **Benno Krüsi, SP:** Vergangenen Herbst zog eine Familie neu in der Marktgasse 57 ein, die Wohnungen sind also bewohnbar, auch Ratskollegin Laura Berger hätte Interesse an einer Wohnung.
- **Norbert Hodel, FDP:** Wir können ja im Sommer, wenn das Liegenschaftskonzept vorliegt, über die Kredite abstimmen.
- **Ruedi Schär, CVP:** Ich bitte Sie, auch an die Angestellten im Rathaus zu denken. Die beiden Häuser müssen saniert werden. Es sind zwei publikumswirksame Departemente, die mit zur Belebung der Altstadt beitragen. Eine Rückstellung der Kredite bringt eine unnötige Verzögerung.
- **Stadtrat Beda Sartory:** Wir haben bereits versprochen, dass die Kredite nicht freigegeben werden, bevor die Fragen zum TBW-Gebäude geklärt sind.
- **Hans Rudolf Keller, SVP:** Die SVP unterstützt den Antrag von Guido Wick: über die geplanten Sanierungen soll erst nach Vorliegen des Liegenschaftskonzeptes befunden werden.
- **Bruno Egli, FDP:** Wenn mir der Stadtrat verbindlich zusichert, dass das Liegenschaftskonzept im Sommer 2007 vorliegt, dann würde ich den Projektierungskrediten jetzt schon zustimmen.
- **Stadtrat Beda Sartory:** Das Departement BUV wird im Sommer 2007 das Liegenschaftskonzept vorlegen.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Der Antrag Benno Krüsi, SP, Konto 107.5030.111 Marktgasse 57; Projekt Umbau/Sanierung sei zu streichen (- Fr. 120'000.--), wird mit 23:11 Stimmen angenommen.

**Beschluss:** Der Antrag Guido Wick, GRÜNE prowil, die Konti 107.5030.106/111 Rathaus; Projekt Sanierung (- Fr. 135'000.--) bzw. Marktgasse 57; Projekt Umbau/Sanierung (- Fr. 120'000.--), seien zu streichen, wird mit 18:17 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

#### Konto 11 – Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldungen

## Konto 12 – Bildung

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** *Konto 5040.147 Primarschule Lindenhof, Projekt energetische Sanierung:* Wie gross ist der Umfang dieser Sanierung?

**Stadtrat Beda Sartory:** Es geht um eine Aussenisolation, vor allem aber darum, das Schulhaus in bauenergetischer Hinsicht den heutigen Anforderungen anzupassen.

## Konto 13 – Kultur, Freizeit

**Bruno Mäder, SP:** *Konto 134.5031.101 Sportanlage Bergholz; Gesamtkonzept:* Vor ziemlich genau einem Jahr hat der Stadtrat zwei Workshops zu einem Sportpark Bergholz im Süden der Stadt angesetzt. Seither ist es still geworden. Wie gedenkt der Stadtrat den budgetierten Projektierungskredit von 150'000 Franken einzusetzen? Oder mit anderen Worten: Ist die Idee Sportpark Bergholz „gestorben“?

**Stadtrat Beda Sartory:** Im Frühling 2007 soll ein diesbezüglicher Grundsatzentscheid gefällt werden. Die Vorlage ist komplex, zumal zahlreiche rechtliche Abklärungen getroffen werden müssen, Überlegungen zum Verkehrskonzept, Bedürfnisabklärungen bei den Sportvereinen. Bei der entsprechenden Vorlage können Sie zwischen dem Sanierungskonzept 2004 und dem Gesamtkonzept 2006 mit und ohne Hallenbad entscheiden. Der vorliegende Projektierungskredit betrifft das Sanierungskonzept 2004.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** *Konto 130.5030.101 Terrassenaufgang Stadtsaal:* Wir empfehlen Ihnen Streichung dieses Betrages in der Höhe von 70'000 Franken. Jahr für Jahr hat die GPK Nachbesserungen bei diesem Bau gefordert, doch wurde der Generalunternehmer HRS nie in die Pflicht genommen. Überdies glauben wir nicht, dass die Umsatzzahlen im Restaurant dank des neuen Treppenaufgangs steigen werden. Schliesslich wurde nachträglich schon genug in den Bau investiert, ich erinnere an den Lift, die automatischen Türen etc.

**Stadtrat Beda Sartory:** Diese Planung wurde bereits mit dem jetzigen Pächter, der Sämtis Gastronomie AG, vorgenommen. Immer wieder hiess es von Fachleuten, der Treppenaufgang müsse verbessert werden. Im Übrigen sind wir überzeugt, dass im Restaurant mehr Umsatz generiert werden kann.

## Weitere Voten

- **Benno Krüsi, SP:** Wollte sich die Sämtis Gastronomie AG je an den diesbezüglichen Kosten beteiligen?
- **Stadtrat Beda Sartory:** Selbstverständlich. Auf Neujahr wechselt allerdings der Pächter, der selber über 200'000 Franken für Verbesserungen in Küche und Restaurant investieren will.
- **Bruno Mäder, SP:** Die SP-Fraktion will an diesem Kredit festhalten, ein verbesserter Treppenaufgang führt auch zu einer Wertsteigerung des Objekts.
- **Guido Wick GRÜNE prowil:** Wenn wir Bauten, die aufgrund von Wettbewerben entstanden sind, nach so kurzer Zeit bereits wieder verändern, werden Wettbewerbe noch lächerlicher.
- **Marianne Mettler Nick, GPK-Präsidentin:** Die GPK hat dieses Thema ebenfalls diskutiert und sich mehrheitlich der Argumentation des Stadtrates angeschlossen - dies namentlich vor dem Hintergrund des bevorstehenden Pächterwechsels und die in diesem Zusammenhang geplanten Investitionen.

- **Ruth Schelling-Siegenthaler, parteifrei:** Drei Abstimmungen brauchte es für den Stadtsaal und immer noch sind wir nicht zufrieden mit dem Bau. Nun sollen wenn schon jene zur Verantwortung gezogen werden, die den Bau so projiziert haben.
- **Hans Rudolf Keller, SVP:** Wenn etwas schlecht läuft, liegt es an uns, etwas dagegen zu unternehmen. Der Stadtsaal ist eine schlechte Visitenkarte für unsere Stadt. Ein Anliegen noch: könnte der Vorhang beim Rondell nicht entfernt werden?
- **Stadtrat Beda Sartory:** Ich nehme mich dem Thema gerne an.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Der Antrag Guido Wick, GRÜNE prowil, Konto 130.5030.101 Terrassenaufgang Stadtsaal. (- Fr. 70'000.--)- sei zu streichen wird grossmehrheitlich abgelehnt.

#### Konto 15 – Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldungen

#### Konto 16 – Verkehr

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** *Konto 161.5610.218 Fürstenland-/St. Gallerstrasse; Projekt Korrektion Kreuzung:* Im November 1998 lehnte es das Stadtparlament ab, die fragliche Kreuzung zu sanieren. Inzwischen hat der Kanton auf eigene Faust interveniert. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts haben wir die Unfallstatistik 2002-2006 erhalten. Allein auf der St. Gallerstrasse bis zum „Spitz“ ereigneten sich im erwähnten Zeitraum 13 Unfälle, die Unfälle auf den beiden Kreuzungen nicht eingerechnet. Es dürfte somit unbestritten sein, dass auf diesem Streckenabschnitt Handlungsbedarf besteht. Wir sind aber der Auffassung, dass die Sanierung der Kreuzung mit der Sanierung der St. Gallerstrasse koordiniert werden soll. Entsprechend stellen wir den **Antrag, Konto 161.5610.218 Fürstenland-/St. Gallerstrasse; Projekt Korrektion Kreuzung (- Fr. 50'000.-- ) sei jetzt zu streichen.**

**Stadtrat Beda Sartory:** Die erwähnten Unfälle ereignen sich gemäss Unfallstatistik v.a. auf der Rudenzburg-, beim Einlenker Gamma-Kreuzung und beim „Spitz“. Die St. Gallerstrasse ist eine Kantonsstrasse, insofern laufen Bau und Planung über den Kanton. Bei Kreuzungen allerdings, die auch Gemeindestrassen anschliessen, müssen wir uns beteiligen. Beispiele wären die Rössli- und die Gamma-Kreuzung und eben der „Spitz“, welche neu über Kreisel verfügen sollen. Die Detailprojektierung erfolgt durch den Kanton, die Stadt Wil kann aber ihre Bedürfnisse anmelden.

#### Weitere Voten

- **Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir sind nicht gegen die Sanierung der Knoten, allerdings sollen die Strecken von Knoten zu Knoten in einem Aufwisch saniert werden.
- **Stadtrat Beda Sartory:** Noch einmal: der Kanton entscheidet. Die Knotensanierungen sind im Strassenbauprogramm integriert, jene der Strasse allerdings nicht. Es wäre falsch, diese Sanierung zurückzustellen, schliesslich ist der „Spitz“ auch nicht öV-tauglich.

**Bruno Mäder, SP:** *Konti 5010.215/222 Glärnischstrasse; Verkehrsregime bzw. Bubenloostrasse; Projekt:* Der Stadtrat hat vom Parlament den Auftrag, im Zusammenhang mit der Kanalerneuerung Glärnischstrasse verkehrsberuhigende Massnahmen in diesem Bereich zu prüfen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Welche Massnahmen sind nun im Rahmen des Kredits von 90'000 Franken vorgesehen? Wir fragen uns überdies, ob die Sanierung der Bubenloostrasse tatsächlich notwendig ist.

**Stadtrat Beda Sartory:** Die Glärnischstrasse mit ihren diversen Querungen soll sicherer und von der Signalisation her übersichtlicher gestaltet werden. Die Anwohnerschaft ist sich in der Frage der Signalisation übrigens eher uneins.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir stellen den **Antrag, Konto 5010.222 Bubenloostrasse; Projekt zu streichen (- Fr. 50'000.--)**. Wir sehen keinen Handlungsbedarf, letztlich ist es aber eine Frage des gewünschten Standards. Allenfalls sollten dazu einmal verbindliche Richtlinien ausgearbeitet werden. Zudem soll die Bubenloostrasse zur Tempo-30-Zone werden. Insofern würde es ohnehin Sinn machen, die Sanierung erst nach den Entscheiden betreffs Tempo-30-Regime an die Hand zu nehmen.

**Stadtrat Beda Sartory:** Das Strassenzustandsprogramm liefert uns verlässliche Auskünfte über den künftigen und aktuellen Sanierungsbedarf. Wir versuchen diese Planung möglichst auch mit Kanalisationsprojekten zu koordinieren.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Der Antrag Guido Wick, GRÜNE prowil, Konto 161.5610.218 Fürstenland-/St. Gallerstrasse; Projekt Korrektur Kreuzung (- Fr. 50'000.-- ) sei zu streichen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Beschluss:** Der Antrag Guido Wick, GRÜNE prowil, Konto 161.5010.222 Bubenloostrasse; Projekt sei zu streichen (- Fr. 50'000.--) wird mit 22:16 Stimmen abgelehnt.

#### Konto 17 – Umwelt, Raumordnung

Keine Wortmeldungen

#### Konto 19 - Finanzen

**Benno Krüsi, SP, Konto 194.5090.110 Zeughausareal; Gesamtkonzept:** Wer macht dieses Gesamtkonzept? Wie ist gewährleistet, dass der laufende Prozess „Stadtentwicklung“ mitberücksichtigt wird? Welche Nutzungsideen sind vorhanden? Wie lauten die Vorgehensvorschläge nach Verabschiedung des Nutzungskonzepts? Warum erarbeitet die Stadt das Konzept nicht selber?

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Es geht, wie im Kommentar festgehalten, um die Erarbeitung der planungsrechtlichen Grundlagen. Der Stadtrat hat die Idee, im östlichen Teil des Areals Gewerbe/Industrie anzusiedeln, im mittleren Teil könnte die öffentliche Zone beibehalten werden und im westlichen Teil ist eine Wohnzone vorgesehen. Nun stellt sich aber die Frage der Erschliessung, dabei müssen Bund und Kanton beigezogen werden, wozu die Stadt Wil ohne externe Beratung nicht in der Lage ist.

Die Berücksichtigung des Stadtentwicklungskonzepts ist möglich und ist zeitlich kein Problem. Wer das Konzept erstellt, ist noch nicht definiert.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir stellen Ihnen den **Antrag, Konto 194.5090.110 Zeughausareal; Gesamtkonzept (- Fr. 100'000.--)** sei zu streichen. Das Projekt Stadtentwicklung gerät sonst zur Farce, allenfalls hat das Forum Stadtentwicklung ja noch andere Ideen für die Nutzung des Geländes.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Ob das Forum Stadtentwicklung tatsächlich mehrheitsfähige Lösungen zustande bringt, ist wünschenswert aber noch offen. Zudem kann unsere Stadt wegen des Stadtentwicklungskonzeptes nicht einfach zwei Jahre „stillstehen“. Überdies besteht ein gewisser zeitlicher Druck. Denken Sie an den Fachmarkt Ebnet, Sirnach. Wir haben klare Aussagen der Migros-Verantwortlichen, dass, sollten Sie in Wil kein geeignetes Areal finden, der Standort Sirnach in Frage käme. Wir setzen uns für den Standort Wil ein, umso mehr als das Zeughaus-Areal als geeigneter Fachmarkt-Standort angesehen wird.

**Stadtrat Beda Sartory:** Wir können Wil nicht zwei Jahre still legen wegen der Stadtentwicklung. Wir sind aber durchaus in der Lage, bei aktuellen Entscheiden die Meinung der Planer des Projekts Stadtentwicklung einzuholen, soeben geschehen bei der anstehenden Optimierung der Rössli-Kreuzung.

#### Weitere Voten

- **Guido Wick, GRÜNE prowil:** Ob Wil an dieser Toplage einen Fachmarkt braucht, bleibe dahingestellt. Es kommt kein Mensch *mehr* nach Wil, wenn wir einen zusätzlichen Fachmarkt haben.
- **Benno Krüsi, SP:** Ich arbeite nicht für den "orangenen Riesen". Zudem bin ich enttäuscht über die magere Kommentierung zu diesem für unsere Stadt sehr gewichtigen Thema.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Es geht nur um ein „Fachmärktli“ und darum, dass der Migros-Fachmarkt bei der Firma Hürlimann ein Provisorium darstellt. Ein Handlungsfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes ist übrigens die Belegung der Quartiere beispielsweise durch die Schaffung von neuen Quartierläden. Und da ist die Migros sicher ein wichtiger Gesprächspartner für uns. Ob die Migros dann tatsächlich zum Zug kommt, wird sich nach der Ausschreibung weisen.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Der Antrag Guido Wick, GRÜNE prowil, Konto 194.5090.110 Zeughausareal; Gesamtkonzept (- Fr. 100'000.--) sei zu streichen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

#### Allgemeiner Gemeindehaushalt – Laufende Rechnung

#### Allgemeine Bemerkungen

Keine

## Konto 10 – Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung

**Marianne Mettler Nick, GPK-Präsidentin:** Ich spreche zum separaten Antrag der GPK. Die GPK hat den Antrag auf eine 50-Prozent-Stellenerhöhung für eine/n Projektleiter/in Verkehr eingehend diskutiert, dies auch unter Beizug des zuständigen Stadtrates und der Departementssekretärin. Das Departement Bau, Umwelt und Verkehr hat sich verändert in den letzten Jahren. Es sind neue Aufgaben dazu gekommen. Zudem hat die Departementsreform Spuren hinterlassen und sind neue Mitarbeiter eingestellt worden. Bei grösseren Projekten wurden Verzögerungen festgestellt. Es gibt für die GPK daher durchaus Hinweise, dass es hier an Personen mangelt, welche die aufgetragenen Arbeiten zeitgerecht erledigen können.

Andererseits haben wir unsere Fragezeichen betreffend der beantragten 50-Prozent-Stelle. Diese Stelle hat dreimal ihren Namen gewechselt, anfangs war es übrigens eine 100-Prozent-Anstellung. Diese Person sollte eine Vielzahl von Aufgaben übernehmen und wäre sozusagen der „Trouble-Shooter“ der Abteilung. Deshalb war uns nicht klar, ob es diese Stelle überhaupt braucht und falls ja, ob denn die beantragten 50 Prozent für eine Verbesserung ausreichen? Die GPK gelangte einstimmig zur Auffassung, eine externe Organisationsentwicklungs-Analyse anstellen zu lassen. Auftrag und Schlussbericht müssen mit der GPK abgesprochen werden, bzw. die GPK gibt ihr Einverständnis. Falls die Analyse eine Stellenerhöhung nahe legt, kann diese sofort im Umfang von 50-100 Prozent besetzt werden.

**Susanne Hartmann, CVP:** Die CVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Antrag der GPK. In der Tat hat die beantragte Stelle mehrfach einen neuen Namen erhalten. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, das Departement selber wisse nicht, wo die eigenen personellen Defizite liegen. Entsprechend verspricht eine Organisationsentwicklungs-Analyse wertvolle Hinweise.

**Bruno Egli, FDP:** Allenfalls wäre es ratsam, gewisse Projekte auszulagern. Die FDP steht dieser Stellenerhöhung äusserst kritisch gegenüber und stellt den **Antrag**, der Antrag der GPK sei folgendermassen zu ergänzen: **Die Organisationsentwicklungs-Analyse sei in enger Zusammenarbeit mit der GPK vorzunehmen. Dabei sei insbesondere als Alternative zum Stellenbegehren die vermehrte Vergabe von gezielten Aufträgen an die Privatwirtschaft, also beispielsweise an Ingenieurbüros und andere Sachverständige, zu überprüfen.**

**Stadtrat Beda Sartory:** Unser Departement begann im Sommer mit internen Workshops damit, die einzelnen Stellenbegehren vorzubereiten. Dies dürfte auch der Grund für die mehrfache Umbenennung der fraglichen Stelle sein. Der Stadtrat stimmt dem GPK-Antrag zu und plant dessen Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit selbiger. Ich gehe mit Bruno Egli einig, dass wir möglichst viele Projekte auswärts vergeben sollten, die tatsächlich auch auswärts vergeben werden können. Nun ist der personelle Engpass aber gerade im Tiefbau vorhanden, eben dort, wo die entsprechenden Projekte für eine allfällige externe Vergabe vorbereitet werden sollten. Ich denke insbesondere an die ganzen Verkehrsfragen, wo klar Handlungsbedarf besteht.

## Abstimmungen

**Beschluss:** Der Antrag der GPK, Konto 10 Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung; 1041 Bauverwaltung .3010 Löhne, .3030 Sozialversicherungsbeiträge, .3040 Personalversicherungsbeiträge, .3050 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge: Die zusätzlichen 50 Stellenpro-

zente „Projektleiter Verkehr“ seien vorläufig nicht zu genehmigen, die jeweiligen Konti aber nicht zu kürzen, wird einstimmig angenommen.

**Beschluss:** Der Zusatzantrag von Bruno Egli, FDP, zur Präzisierung des GPK-Antrags wird mit 18:17 Stimmen angenommen.

**Beschluss:** Der Antrag der GPK, Konto 10 Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung; 1041 Bauverwaltung .3182 Honorare, Begutachtungen, Prozesskosten: Es seien Fr. 20'000.-- zusätzlich für eine Organisationsentwicklungs-Analyse zu budgetieren, total Fr. 89'000.--, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

#### Konto 11 – Öffentliche Sicherheit

**Klaus Rüdiger, SVP:** *Konto 111.3511 Stadtpolizei:* Unsere Fraktion hat mit Erstaunen festgestellt, dass der Stadtrat keine zusätzliche Stelle für die Stadtpolizei budgetiert hat. Ich habe im April 2005 eine einfache Anfrage zur Sicherheitsproblematik in unserer Stadt eingereicht, welche im Juli 2005 beantwortet wurde. Der Stadtrat hält in seiner Antwort fest, dass er im März 2005 einer Stellenaufstockung der Stadtpolizei um 100 Prozent zugestimmt habe. Im Mai 2006 folgte die Entgegnung auf unsere Motion „Massnahmen gegen Vandalismus“. Dort hiess es, eine Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei werde hinsichtlich des Budgets 2007 geprüft. Warum hat sich der Stadtrat nun doch gegen eine Aufstockung der Stadtpolizei entschieden? In den Legislaturzielen ist festgehalten: „Sicherheit im öffentlichen Raum durch vermehrte Präsenz der verschiedenen Sicherheitsorgane gewährleisten.“ Kommt der Stadtrat bei Beurteilung der Sicherheitslage in der Stadt Wil also zu neuen Schlüssen?

**Stadtrat Andreas Widmer:** Gerne nutze ich die Gelegenheit, einige Details zur Stadtpolizei zu erläutern, insbesondere, weil ich im Vorfeld dieser Parlamentssitzung von verschiedenen Parlamentsmitgliedern darauf angesprochen wurde und festgestellt habe, dass der Kenntnisstand unterschiedlich ist.

Die Stadtpolizei besteht seit April 1995. Man begann ursprünglich mit zwei Polizisten, ein Jahr später erfolgte die Erhöhung auf vier Polizisten. Seit zehn Jahren ist der Bestand also gleich geblieben. Allerdings wurde im April 2002 die damalige „Hilfspolizei“ aufgelöst und in die Stadtpolizei integriert. Seither besteht die Stadtpolizei aus sechs Polizisten. Die Basis bildet ein Vertrag mit dem Kanton St. Gallen. Darin ist unter anderem der Preis geregelt - ca. 120'000 Franken pro Stadtpolizist - also derzeit 600'000 Franken. Im Gegenzug bezahlen wir eine reduzierte Abgabe an den Kanton, derzeit knapp 180'000 Franken. Die Nettokosten für die Stadtpolizei betragen also rund 420'000 Franken für sechs Beamte.

Die Stadtpolizisten sind den Kantonspolizisten ebenbürtig, sie absolvieren die gleiche Aus- und Weiterbildung und verfügen über die gleiche Ausrüstung und Bewaffnung. Dieses so genannte Leasingmodell hat sich bewährt und wurde von verschiedenen Gemeinden im Kanton kopiert, für nächstes Jahr haben beispielsweise fünf Gemeinden „Leasing-Polizisten“ bestellt.

Sinn des Modells ist einerseits die Erfüllung der so genannten gemeindepolizeilichen Aufgaben und andererseits die Verbesserung der Polizeipräsenz in Wil. Dies erfolgt durch eine häufige Patrouillentätigkeit, insbesondere auch zu Fuss und in den Quartieren. Die Dienstzeiten werden auch ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeiten angesetzt, am Wochenende genauso wie in der Nacht und bei Bedarf als Pikett. So läuft derzeit eine Aktion mit Verdichtung der Polizeipräsenz zur Dämmerungs- und Nachtzeit in den

Wohnquartieren. Im Vergleich zu anderen Gemeinden blieb Wil von Dämmerungseinbrüchen weitgehend verschont.

Das politische Problem am System liegt nun darin, dass wir effektiv eine Verdichtung erreichen wollen, allerdings ohne dadurch eine geringere Präsenz der Kantonspolizei und so eine Kostenverschiebung zu Lasten der Stadt zu bewirken. Darauf hat der Wiler Sicherheitschef ein waches Auge und er überprüft insbesondere die Dienstpläne und Einsätze der beiden Polizeieinheiten sehr genau.

Offenbar gab es bei der Gründung der Stadtpolizei eine Absprache mit dem Kanton, wonach die Kantonspolizei sich verpflichtet, bei einer Stellenerhöhung der Stadtpolizei jeweils im gleichen Umfang nachzuziehen. Dies hat zumindest der damalige Sicherheitschef so in Erinnerung, von Seiten der Kantonspolizei wird dies jedoch in Abrede gestellt. Eine schriftliche Vereinbarung liegt nicht vor.

Der Ablauf einer Stellenaufstockung ist eine langwierige Sache, es ist sogar eine Pendenz, die ich noch von meinem Amtsvorgänger geerbt habe. Jeweils Ende März muss bei der Kantonspolizei der Bedarf für eine neue Stelle angemeldet werden, damit die Rekrutierung und Ausbildung erfolgen kann. Der Stellenantritt ist dann im Juli des übernächsten Jahres, es dauert also 2 Jahre und 4 Monate von der Bestellung bis zum Stellenantritt.

Konkret hat der Stadtrat am 30. März 2005 eine derartige Bestellung vorgenommen, allerdings mit dem Vorbehalt, dass die Kantonspolizei spätestens ein Jahr nach Amtsantritt den Bestand der Polizeistation in Wil ebenfalls um eine Person erhöht. Der Kommandant der Kantonspolizei hat sich in seinem Antwortschreiben bereit erklärt, die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen. Für die Aufstockung des Bestandes der Polizeistation Wil schränkte er jedoch ein, nicht bereits im Jahr 2005 eine verbindliche Zusage für eine Stellenerhöhung im Jahr 2007 abgeben zu können. Bekanntlich unterliegt der Stellenplan dem Budgetbeschluss des Kantonsrates. Dieser hat nun am Dienstag vergangener Woche das Budget 2007 genehmigt und damit die Stellenerhöhung der Kantonspolizei um elf Beamte bewilligt. Vier von ihnen sind für die Verstärkung der Polizeistationen vorgesehen. Ich habe die mündliche Zusage aller zuständigen Stellen des Justiz- und Polizeidepartements, dass - falls die Stadt Wil den Bestand der Stadtpolizei erhöht - einer dieser Beamten für Wil vorgesehen ist.

Das Bedürfnis nach erhöhter Polizeipräsenz ist primär eine Frage des subjektiven Sicherheitsempfindens. Wir stellen aber fest, dass die Arbeit der Stadtpolizei nicht weniger geworden ist, im Gegenteil. Der Stadtrat möchte das Bedürfnis nach Sicherheit durch einen sinnvollen Mix von verschiedenen präventiven und repressiven Massnahmen erfüllen, also mit Polizei, privaten Sicherheitsdiensten, der mobilen Jugendarbeit und der Verstärkung des Reinigungsdienstes. Jedenfalls ist es nicht sachdienlich, diese Mittel gegeneinander auszuspielen. Der Stadtrat spricht sich im Rahmen einer Interessenabwägung gegen eine Erhöhung des Stadtpolizeibestandes und für eine Erhöhung des Kreditbetrags für die Securitas aus. Mit dem entsprechend um 21'000 Franken erhöhten Budget können verteilt über das ganze Jahr rund 170 Patrouillenstunden geleistet werden oder anders gerechnet kann an circa 35 Abenden/Nächten pro Jahr eine Doppelpatrouille während 4-5 Stunden auf dem Stadtgebiet präsent sein, speziell natürlich an gefährdeten Orten.

Das Parlament hat sich im Rahmen der Beratung der Motion „Massnahmen gegen Vandalismus“ nicht explizit für mehr Stadtpolizisten ausgesprochen. Sogar von den Motionären wurde die Prüfung eines temporären Einsatzes von privaten Sicherheitsdiensten angeregt. Zudem hat die Stadtpolizei Wil im Verhältnis zu vergleichbaren Gemeinden im Kanton bereits heute einen hohen Bestand.

**Franz Mächler, FDP:** Weder konnte der zuständige Stadtrat von einem Rückgang bei den Nachtruhestörungen oder bei den Vandalenakten berichten, noch konnte er belegen, dass die Kriminalität zurückgegangen ist. Die Bevölkerung indes ist besorgt über die gegenwärtige Entwicklung. Im Südquartier wurde dem Vernehmen nach sogar eine Unterschriftensammlung betreffs Lärmbelästigungen von der Remise lanciert. Der Bedarf nach mehr Polizeipräsenz ist klar ausgewiesen. Die FDP-Fraktion stellt Ihnen deshalb folgenden **Antrag: Der Bestand der Stadtpolizei sie wie ursprünglich vorgesehen per 1. Juli 2007 um eine Stelle aufzustocken und die entsprechende Budgetposition um 60'000 Franken zu erhöhen.** Überdies stelle ich den **Antrag auf Namensaufruf.**

#### Weitere Voten

- **Guido Wick, GRÜNE prowil:** Bevor wir neue Polizisten engagieren, sollten wir uns zuerst Gedanken darüber machen, wie wir welche Aufgaben unter Umständen günstiger lösen können. Für das Leeren von Parkuhren brauchen wir keine bewaffneten Polizisten.

**Marcus Zunzer, CVP:** Unsere Fraktion schliesst sich dem Stadtrat an. Wir stellen aber folgenden **Antrag: Konto 111.3182 Securitas, Schweizerische Bewachungsgesellschaft sei um 20'000 Franken zu erhöhen.**

- **Benno Krüsi, SP:** Die Stadt Winterthur überprüft gegenwärtig die polizeilichen Aufgaben. Das stünde auch der Stadt Wil gut an. Über eine Stellenerhöhung lösen wir die Sicherheitsprobleme in dieser Stadt nicht. Dafür braucht es eine Gesamtschau.

**Stadtrat Andreas Widmer:** Einige Präzisierungen zu den gefallen Voten: Der Kommandant der Kantonspolizei hat mir heute Nachmittag am Telefon bestätigt, dass, falls die Stadt Wil ihre Stapo um eine Stelle aufstocke, der Kanton nachziehen werde. Zu den Nebentätigkeiten der Stadtpolizei: da kann es beispielsweise bei der Kontrolle der Laternenparkierer eben auch Sinn machen, wenn die Polizei nachts in den Quartieren präsent ist. Bereits wurden auch Aufgaben abgetreten, ich erinnere an den Bereich der Gewerbepolizei, der neu vom Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung wahrgenommen wird. Sie haben es in der Hand, wie Sie die Mittel für die öffentliche Sicherheit einsetzen wollen. Wenn Sie heute gegen einen zusätzlichen Polizisten votieren, erhalten Sie gemäss dem beschriebenen Prozedere mit Garantie auch keinen bis ins Jahr 2010.

**Franz Mächler, FDP:** Wenn ich wählen könnte zwischen einem Polizisten und zehn Securitas-Leuten, ich würde mich für den Polizisten entscheiden. Im Übrigen ziehe ich meinen **Antrag auf Namensaufruf zurück.**

- **Klaus Rüdiger, SVP:** Ich stelle aufgrund der gewalteten Diskussion fest, dass ein Konsens darüber besteht, das Sicherheitsgefühl sei zu stärken. Ich empfehle Ihnen Annahme des FDP-Antrages.
- **Alfred Rüegg, CVP:** Um der Sicherheit die gebührende Bedeutung beizumessen, verfügt der Stadtrat über die entsprechenden Mittel, die er nach Bedarf und Gutdünken einsetzt. Entsprechend soll für Patrouillengänge vermehrt noch die Securitas eingesetzt werden. Bitte unterstützen Sie also den Antrag der CVP.

### Abstimmung

**Beschluss:** Der Antrag von Franz Mächler, FDP, der Bestand der Stadtpolizei sie wie ursprünglich vorgesehen per 1. Juli 2007 um eine Stelle aufzustocken und die entsprechende Budgetposition um 60'000 Franken zu erhöhen, wird mit 21:14 Stimmen abgelehnt.

**Beschluss:** Der Antrag von Marcus Zunzer, CVP, Konto 111.3182 Securitas, Schweizerische Bewachungsgesellschaft sei um 20'000 Franken zu erhöhen, wird grossmehrheitlich angenommen.

### Konto 12 – Bildung

Klaus Rüdiger, SVP: Konto 1217.3147, ao. Unterhalt Oberstufenschulhäuser: Gemäss Kommentar sind hier 9'400 Franken für eine Videoüberwachung in der Veloeinstellhalle im Sammelschutzraum Lindenhof geplant. Diese Überwachung muss rechtlich gesehen in einem seriösen Rahmen geschehen. Ich erinnere noch einmal an die Motion „Massnahmen gegen Vandalismus“. Auch dort ist die Rede von Videoüberwachungen, die allerdings durch ein Polizeireglement zu regeln sind. Wir stellen deshalb den **Antrag, die 9'400 Franken seien vorderhand zurückzustellen, bis eine entsprechende gesetzliche Regelung über Videoüberwachung im öffentlichen Raum vorhanden ist.**

**Stadträtin Marlis Angehrn:** Ob ich mich an eine Regel halte oder nicht, hängt auch mit der Wahrscheinlichkeit des Erwischtwerdens zusammen. Wenn nun in unseren Veloeinstellhallen so viel Schaden angerichtet wird, tun wir gut daran, diese Vergehen schnellstmöglich zu ahnden. Das Anliegen stammt übrigens vom Elternforum Lindenhof. Wir sind uns der Problematik der Videoüberwachung bewusst.

### Abstimmung

**Beschluss:** Der Antrag der SVP/SD, Klaus Rüdiger, Konto 1217.3147, ao. Unterhalt Oberstufenschulhäuser, sei um 9'400 Franken zu kürzen, wird mit 13:12 Stimmen abgelehnt.

### Konto 13 – Kultur, Freizeit

Ruth Schelling-Siegenthaler, parteifrei: *Konto 1300.36550 Übrige Beiträge:* Ich stelle folgenden **Antrag:** Der Verein Entlastungsdienst für Familien mit Behinderten soll wie andere Vereine in der Stadt als Anerkennung und Unterstützung für seine uneigennützige Arbeit mit 3'000 Franken jährlich unterstützt werden.

**Stadträtin Barbara Gysi:** Ich schlage vor, sollte der Antrag überwiesen werden, diesen im *Konto 1530.3651 Verschiedene Beiträge* unterzubringen.

Esther Spinas, GRÜNE *prowil:* *Konti 1341.4340 bzw. 1342.4340 Eintrittsgebühren Schwimmbad Weierwise bzw. Schwimmbad Bergholz:* Wir stellen Ihnen aufgrund des damaligen knappen Ausgangs der Abstimmung den gleichen **Antrag** wie letztes Jahr, nämlich die Eintrittsgebühren in die beiden Freibäder Weierwise und Bergholz zu reduzieren. **Beantragt wird eine Reduktion der budgetierten Einnahmen der Schwimmbäder Weierwise und Bergholz um insgesamt 60'000 Franken mit der Forde-**

rung, dass Wiler Schulkinder mit Wohnsitz in Wil bis und mit 3. Oberstufe jeweils gratis ein Saisonabonnement erhalten. Schwimmbäder sind Treffpunkte von Familien und tragen damit wesentlich zur Integration bei. Zudem leisten wir mit unserem Antrag einen grossen Beitrag zur Gesundheit unserer Kinder.

**Stadträtin Marlis Angehrn:** 2005 verzeichneten wir an Kindereintritten 74'000 Franken, im Jahr 2006 waren es 69'400 Franken. Ich weise Sie auf ein praktisches Problem hin, unsere Schulkinder verfügen über keine Ausweise mit Adressaufdruck. Umsetzbar wäre der Antrag, wenn er auf Kinder und Jugendliche, die in Wil eine öffentliche Schule besuchen, lauten würde.

**Michael Sarbach, GRÜNE prowil:** *Konto 1300.36506 Betriebsbeitrag an Kulturverein (Remise):* Seit Jahren erfüllt die Remise eine wichtige Funktion im Wiler Kulturleben. Für viele Wiler Bands stellt die Remise zudem eine sehr attraktive Auftrittsmöglichkeit dar. Trotz attraktiver Programmierung ist gerade bei regionalen oder lokalen Acts immer auch mit finanziellen Risiken zu rechnen, allerdings gewährt die Remise hier erfreulicherweise eine volle Defizitgarantie. Das Organisieren von Konzerten ist eine aufwändige Angelegenheit, aufgrund der hohen Fixkosten können kleinere Veranstaltungen gar nicht rentieren. Das bedeutet für die Remise, dass immer wieder kostendeckende Grossveranstaltungen durchgeführt werden müssen. Trotzdem dürfen die kleinen Anlässe für den lokalen und regionalen Nachwuchs nicht verschwinden. Ich stelle deshalb folgenden **Antrag: Konto 1300.36506 Betriebsbeitrag an Kulturverein (Remise) sei um 10'000 Franken auf 35'000 Franken zu erhöhen.** Zum Vergleich: für die Tonhalle werden jährlich mehr als 300'000 Franken ausgegeben, von den Kosten für den Stadtsaal gar nicht zu reden. In der Remise werden jährlich durchschnittlich 70 Veranstaltungen mit je rund 250 Besuchenden durchgeführt, die Remise stellt also ein kulturelles Angebot mit enormem Zulauf dar.

#### Weitere Voten

- **Lukas Merz, CSP:** Der Antrag von Esther Spinas gefällt mir, allerdings sollten nicht nur Schüler, sondern generell die Kinder begünstigt werden. Dabei ist aber auch der Sorgfaltspflicht der Eltern Rechnung zu tragen, entsprechend sollte der Antrag einschränkend auf „Gratiseintritt nur in Begleitung der Eltern“ lauten.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Etwas Grundsätzliches zum Beitragswesen im Vereinsbereich. An sich ist es ja ehrenvoll, sich hier für den eigenen Verein einzusetzen, allerdings frage ich mich, ob die Budgetsitzung des Parlaments der richtige Ort dafür ist. Vereine und auch Einzelpersonen haben nämlich die Möglichkeit, sich jederzeit per Beitragsgesuch beim Stadtrat zu melden. Schliesslich ist der Stadtrat positiv zum Angebot in der Remise eingestellt. Das hat er unlängst bewiesen, indem er die Remise im Baurecht erworben und verschiedene Investitionen getätigt hat, ohne den Mietzins zu erhöhen. Und auch für die Remise gilt natürlich das Antragsrecht.

- **Hans Rudolf Keller, SVP:** Auch wir finden den Antrag von Esther Spinas ehrenvoll, allerdings weckt er auch weitere Begehlichkeiten. Ein Jahresabo für ein Kind kostet erschwingliche 30 Franken im Familienverbund, sonst 35 Franken. Unserer Meinung nach gilt es insbesondere die freiwillige Jugendarbeit in den Vereinen zu unterstützen, einen entsprechenden Antrag haben wir letztes Jahr mit Erfolg gestellt.
- **Laura Berger, GRÜNE prowil:** In der Remise hat es zwei Frauen-WCs, für 250 Personen doch etwas wenig. Entsprechend bitte ich Sie, auch wenn es hier um Kulturgelder geht, den Antrag von Michael Sarbach zu unterstützen.

- **Esther Spinas, GRÜNE prowil:** Natürlich ist es schön, wenn die Eltern die Kinder begleiten. Aber das sind ja genau die privilegierten Kinder. Profitieren sollen vor allem die sozial Schwächeren, in integrativer wie auch gesundheitlicher Hinsicht.
- **Stadtrat Beda Sartory:** Bezüglich WC-Anlagen in der Remise: auch hier besteht die Möglichkeit, sich direkt mit unserem Departement in Verbindung zu setzen.
- **Christof Gämperle, FDP:** Beide Anträge sind verfänglich, weil wir über eine gute Finanzlage verfügen, es um Kinder und Jugendliche geht und die Beiträge nicht exorbitant hoch sind. Doch sind das genau jene Gelder, die später womöglich wieder gestrichen werden müssen. Und das ist schmerzhafter als jetzt Nein zu sagen. Zudem fehlt mir ein verbindliches Konzept im Beitragswesen. Im Übrigen bin ich nicht der Meinung, dass Kinder von Eltern, die sich um sie kümmern, nicht privilegiert sind. Das sollte doch eigentlich der Normalfall sein.
- **Benno Krüsi, SP:** Fettleibigkeit bei Kindern ist ein Problem. Esther Spinas präsentiert uns eine kostengünstige Lösungsvariante. Einige Folgekosten blieben uns erspart.
- **Klaus Rüdiger, SVP:** Der Antrag von Esther Spinas ist sehr sympathisch. Aber was machen wir mit dem Eislauf, was machen wir mit Kindern, die hier wohnen, aber auswärts die Schule besuchen? Ich bin sehr für eine vertiefte Diskussion zum Thema, aber jetzt wäre es ein Schnellschuss.
- **Stadträtin Marlis Angehrn:** Tatsächlich stellen wir heute bei Jugendlichen fest, dass sie konditionelle Defizite haben. Trotzdem verstehe ich nicht, warum solche Anträge in der Budgetdebatte kommen. Bitte kontaktieren Sie uns zum Beispiel im Frühling und sie erhalten von uns eine qualifizierte Antwort bezüglich der Machbarkeit eines Vorschlags.
- **Christof Gämperle, FDP:** Kinder, die in die Badi gehen, sind gefährdeter fettleibig zu werden, als solche, die nicht dort verkehren. Denken Sie an die Pommes Frites am Kiosk. Ich habe Mühe, einen proportionalen Zusammenhang zwischen Fettleibigkeit und Gratiseintritt in die Badi herzustellen.
- **Laura Berger, GRÜNE prowil:** Mir tut es weh, wenn die FDP die Steuern senken will und gleichzeitig ein Konzept fordert, wenn es um lächerliche 60'000 Franken geht.
- **Guido Wick, GRÜNE prowil:** Vor einem Jahr hat Esther Spinas den gleichen Antrag gestellt, so unvorbereitet trifft das Anliegen den Stadtrat also auch wieder nicht. Zudem wäre es ein wichtiger familienpolitischer Beitrag. Der Stadtrat hat zwar Recht, wenn er im Zusammenhang mit der Remise auf den Instanzenweg verweist. Aber es gibt eben politisch aktive Menschen, die ein Gespür dafür haben, dass, wenn das Geld fehlt, ein für die Stadt Wil wichtiges Angebot unter Umständen verschwindet. Und eine solche Frage gehört durchaus ins Parlament.
- **Benno Krüsi, SP:** Die Marzili-Badi in Bern ist gratis für alle, auch die meisten Zürcher Bäder sind gratis. Machen wir doch etwas für unsere Kinder.

**Fredy Rüegg, CVP:** Der Bazar ist eröffnet. Ich stelle den **Ordnungsantrag auf Ende der Diskussion**.

#### Abstimmungen

**Beschluss:** Der Ordnungsantrag von Fredy Rüegg auf Ende der Diskussion wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

**Beschluss:** Der Antrag von Ruth Schelling-Siegenthaler, parteifrei, Konto 15030.6031 Übrige Beiträge, sei um 3'000 Franken zu Gunsten des Vereins Entlastungsdienst für Familien mit Behinderten zu erhöhen, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

**Beschluss:** Der Antrag von Esther Spinas, GRÜNE prowil, die Konti 1341.4340 bzw. 1342.4340 Eintrittsgebühren Schwimmbad Weierwise bzw. Schwimmbad Bergholz seien um je 30'000 Franken zu kürzen, wird mit 21:15 Stimmen abgelehnt.

**Beschluss:** Der Antrag von Michael Sarbach, GRÜNE prowil, Konto 1300.36506 Betriebsbeitrag an Kulturverein (Remise) sei um 10'000 Franken auf 35'000 Franken zu erhöhen, wird mit 18:17 Stimmen abgelehnt.

#### Konto 14 – Gesundheit, Konto 15 - Soziale Wohlfahrt

**Marianne Mettler Nick, GPK-Präsidentin:** Zum zweiten separaten Antrag der GPK, welcher die Konti 14 Gesundheit sowie 15 Soziale Wohlfahrt betrifft. Die GPK stellt Ihnen folgende **Anträge, Konto 14 Gesundheit, 140 Spitäler, .3660 Beiträge aus Freibettenfond, .4800 Bezug vom Freibettenfond, der Betrag von je Fr. 60'000.-- sei zu streichen. Konto 15 Soziale Wohlfahrt, 1570 Alterszentrum Sonnenhof, .4801 Bezug von Freibettenfond, .3811 Einlage in Betriebsreserve, .3832 Einlage in Unterhalts-/Erneuerungsreserve, der Bezug von Fr. 60'000.-- aus dem Freibettenfond sei zu streichen und die Einlagen in die Betriebsreserve und Unterhalts-/Erneuerungsreserve um Fr. 60'000.-- zu kürzen.**

Mit dem Bezug von 60'000 Franken für neu anzuschaffende Betten ist der Fondszweck für die GPK nicht erfüllt. Der ursprüngliche Zweck war ein sozialer. Betten hingegen sollten aus dem normalen Betriebsbudget angeschafft werden. Deshalb stellt die GPK den Streichungs-Antrag und empfiehlt die Ausarbeitung eines Reglements für den Freibettenfond mit wiederum sozialer Zweckbestimmung. Falls sich der Stadtrat keinen vernünftigen sozialen Zweck mehr ausmalen kann, dann sei ein Konzept zu erstellen, wie der Fond aufgelöst werden kann.

**Stadträtin Barbara Gysi:** Seit 1990 wurden immer wieder Bezüge aus dem Freibettenfonds für die Anschaffung von Pflegebetten getätigt, primär für das Spital Wil. Dieses Jahr hat man zwei Pflegebetten für die neue Pflegewohnung im Bergholz finanziert. Ein Fondsreglement besteht nicht. Der Stadtrat möchte den Fonds auflösen und das Fondsvermögen für Pflegebetten im Alterszentrum Sonnenhof und im Pflegeheim verwenden. Ich könnte mir aber auch vorstellen, einen Teil des Fondsvermögens einem bereits bestehenden Fonds für soziale Zwecke wie dem Martha Güttinger-Fonds zuzuweisen. Es macht keinen Sinn, einen neuen Fonds zu schaffen. Die Pflegebetten im Alterszentrum Sonnenhof werden wir auf jeden Fall im nächsten Jahr ersetzen müssen. Wenn der Fondsbezug abgelehnt wird, erfolgt die Finanzierung mit einem Bezug aus der Erneuerungsreserve. Der Antrag der GPK ist nicht zu unterstützen.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Dem Antrag der GPK, in den Konti 140.3660 und .4800 sei der Betrag um Fr. 60'000.-- zu streichen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Beschluss:** Dem Antrag der GPK, in den Konti 1570.4801, .3811 und .3832 sei der Bezug von Fr. 60'000.-- aus dem Freibettenfonds zu streichen und die Einlagen in die Reserven um Fr. 60'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

#### Konto 16 – Verkehr

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** *Konto 1650.3611 Versuchsbetrieb Randstundenangebot:* Der Wiler Zeitung vom 2. Dezember 2006 konnte entnommen werden, dass bei den Regionalbussen am Abend neu ein Zuschlag verlangt wird auf Stadtgebiet. Mittlerweile habe ich eine Rückmeldung aus dem Departement Bau, Umwelt und Verkehr, wonach dies rückgängig gemacht würde. Ich möchte vom Stadtrat wissen, ob bei einem Verzicht auf den Zuschlag von 3 Franken für den Nachtbus allenfalls noch zusätzliche Gelder gesprochen werden müssen.

**Stadtrat Beda Sartory:** Betroffen sind die regionalen Nachtbuslinien Richtung Wuppenau, Hinterthurgau und Thurau. Besteller dieser Linien sind die beiden Kantone Thurgau und St. Gallen. Auf unsere Anfrage hin war auch der Kanton St. Gallen erstaunt, dass auf den Linien Wuppenau und Hinterthurgau der Zuschlag auch auf dem Gebiet des Kantons St. Gallen erhoben werden soll. Zwischenzeitlich hat der Kanton St. Gallen reagiert und zugesichert, dass dieser Zuschlag auf dem Gebiet des Kantons St. Gallen rückgängig gemacht wird, soweit es die ordentlichen Buslinien betrifft. Der Grund liegt in den unterschiedlichen kantonalen Rechtsgrundlagen im Bereich öV. Die Information durch den federführenden Kanton Thurgau ist in diesem Fall nicht erfolgt, was nicht optimal ist. Am 6. Dezember 2006 erfolgte eine Medienmitteilung durch WilMobil AG.

#### Konto 17 – Umwelt, Raumordnung

**Marcus Zunzer, CVP:** *Konto 177.3185 Fluglärmbekämpfung:* Ich bin Mitglied des Regionalkomitees BFO. Ich nehme den Budgetposten zum Anlass zu danken: dem Parlament, weil es sich schon seit längerer Zeit diesem bedeutungsvollen Thema angenommen hat und dem Stadtrat, weil er den Ernst der Lage erkannt hat und denselben Budgetbetrag freiwillig aufgenommen hat. Wir überreichen allen ParlamentarierInnen nach der Sitzung eine Flasche Pistenbier und einen Flyer. Der Einsatz von uns allen ist auch künftig notwendig.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** *Konto 1732 Luftreinhaltung:* Auch unsere Fraktion möchte dem Stadtrat danken, dass er eine Kehrtwende gemacht hat. Wir möchten vom Stadtrat gerne wissen, was er im Bereich Luftreinhaltung im Jahr 2007 gedenkt zu tun auf städtischem Gebiet, wo er Einflussmöglichkeit hat.

**Stadtrat Beda Sartory:** Die Luftreinhalte-massnahmen werden in der Arbeitsgruppe Energiestadt behandelt. Vorgesehen ist eine verstärkte Informationstätigkeit im Rahmen der Ozonkampagne. Zusätzliche Massnahmen sind im Rahmen des Aktionsprogramms Energiestand geplant, aber noch nicht im Detail beschlossen.

#### Laufende Rechnung (Artengliederung)

**Benno Krüsi, SP:** *Konto 300, 301, 303, 304 und 305 Personalaufwand:* Die städtischen Mitarbeitenden haben in den letzten Jahren einen enormen Einsatz für unsere positiven Jahresabschlüsse geleistet. Seit Januar 2002 hat das Personal keine Realloohnerhöhung mehr erhalten. Auch die beiden Revisionen des Personalreglements haben für die meisten Arbeitnehmenden zu einem Abbau der Arbeitsbedingungen geführt. Jetzt ist es an der Zeit, dem städtischen Personal mittels einer substanziellen Realloohnerhöhung

die notwendige Anerkennung und Wertschätzung auszusprechen. Der Stadtrat hat erst als Folge der Parlamentsbeschlüsse vom 2. November 2006 eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent in Aussicht gestellt. Die Stadt Wil wird auch im Jahr 2006 voraussichtlich einen positiven Abschluss verzeichnen können. Wir stellen deshalb den **Antrag, dem städtischen Personal eine Realloohnerhöhung von 2 Prozent zu gewähren.**

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** *Konto 312 Wasser, Energie:* Einer Energiestadt würde es sehr gut anstehen, wenn man als strategischer Entscheid einen Rückgang des Energiekonsums anstreben würde. Damit dies passiert, muss im Budget ein Zeichen gesetzt werden. **Wir beantragen deshalb, den Betrag für den Energieverbrauch um 3 Prozent (Fr. 42'276.--) zu reduzieren.**

**Luc Kauf, GRÜNE prowil:** *Konto 300, 301, 303, 304 und 305 Personalaufwand:* Die Fraktion GRÜNE prowil stellt folgenden Antrag: **Der Lohn des städtischen Personals sei im Sinne einer Realloohnerhöhung wie folgt zu erhöhen: Fr. 80.-- je Monat je Vollzeitstelle; den TeilzeitmitarbeiterInnen sei die Entlohnung anteilmässig vom gearbeiteten Pensum auszuzahlen.** Mit der Streichung der Familienzulage sind die unteren Einkommen prozentual stärker belastet worden. Diese Ungleichheit kann mit der beantragten Sockelerhöhung ausgeglichen werden. Die Auswirkungen auf das Lohngefüge sind minim. Ausgehend von 265 Vollzeitstellen ergibt dies 275'600 Franken pro Jahr zuzüglich Sozialkosten, total 330'600 Franken. Bei einem Monatseinkommen von Fr. 3'500.-- beträgt die Erhöhung 2,3 %; bei Fr. 8'000.-- liegt sie immer noch bei 1 %. Damit haben rund 90 Prozent der Arbeitnehmenden immer noch die vom Stadtrat beantragte Realloohnerhöhung.

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Die Gesamtbilanz der Lohnmassnahmen zeigt folgendes Bild: Teuerung, 0,5 %, Realloohnerhöhung gemäss Antrag 1 %, Beförderungen und Stufenanstiege 1,5 %, Zuschlag zur Kinder- und Ausbildungszulage 1 %, total 4 %. Der Wegfall der Familienzulage führt zu einer Ersparnis von rund 1,5 %. Netto ergibt dies somit 2,5 %. Der Wegfall der Familienzulage wurde bereits vor 10 Jahren beschlossen. Der grosse Teil der Mitarbeitenden erhält sie heute schon nicht mehr, weshalb für all diese Lohnmassnahmen von rund 4 % gelten.

**Susanne Hartmann, CVP:** Unsere Stadt kann nur als attraktive Arbeitgeberin auch qualitativ hoch stehende Arbeitskräfte behalten und gewinnen. Deshalb spricht sich die CVP für den Antrag des Stadtrates aus. Diese Realloohnerhöhung ist genug substanziell, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Stadt Wil die Teuerung immer ausgeglichen hat. Mit der Realloohnerhöhung können die Gelder der wegfallenden Familienzulage gerechter und ausgewogener verteilt werden. Auch die gute Wirtschaftslage und die positiven Wirtschaftsprognosen lassen diese Erhöhung zu.

**Stadtrat Beda Sartory:** Ich gehe davon aus, dass mit dem Antrag das Ziel verfolgt wird, Energiesparmassnahmen vertieft zu prüfen. Das kann ich zusagen. Wie man dieses Ziel erreicht, ist jedoch von verschiedenen Faktoren abhängig wie Strom-, Gas- und Heizölpreis. Mit einem zeitlich richtigen Einkauf kann man das gewünschte Ergebnis relativ leicht erreichen, was jedoch nicht das Ziel sein kann. Ich habe die Botschaft verstanden, aber es kostet am Schluss so viel wie es kostet.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Über den Budgetbetrag können wir zum Ausdruck bringen, was wir inhaltlich wollen. Ein dreiprozentiger Energierückgang ist äusserst moderat. Die Stadt Wil hat noch ein grosses Potenzial. Allein mit Verhaltensänderungen kann man schnell zwischen 1 bis 4 % einsparen. Die dreiprozentige Reduktion bezieht sich klar auf die Summe der Kilowattstunden. Es wird auch niemand böse, wenn der Betrag in der Rechnung gleich hoch ist, aber der Stadtrat plausibel darlegen kann, dass

die Energiepreise um 3 % gestiegen sind. Der Auftrag ist klar; die operative Umsetzung liegt beim Stadtrat.

**Christof Gämperle, FDP:** Ich möchte meiner Freude Ausdruck verleihen, dass auch die anderen Parteien die Anerkennung der Leistungen des Personals auch zum Thema gemacht haben. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates.

#### Abstimmungen

**Beschluss:** Der Antrag der Fraktion GRÜNE prowil, obsiegt mit 9 Stimmen gegenüber dem Antrag Benno Krüsi, SP, mit 7 Stimmen.

**Beschluss:** Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 25 Stimmen gegenüber dem Antrag der Fraktion GRÜNE prowil mit 13 Stimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag des Stadtrates, dem städtischen Personal sei eine Reallohnerhöhung von 1 Prozent zu gewähren, wird einstimmig zugestimmt.

**Beschluss:** Der Antrag von Guido Wick, GRÜNE prowil, den Betrag für den Energieverbrauch um 3 Prozent (Fr. 42'276.--) zu reduzieren, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

#### Rückkommen

**Klaus Rüdiger, SVP:** Ich möchte einen Rückkommensantrag zur Investitionsrechnung stellen und einen Kompromissvorschlag machen betreffend Sanierung Rathaus und Marktgasse 57.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Dem Rückkommensantrag wird mit 20 Stimmen zugestimmt.

**Klaus Rüdiger, SVP:** Wir haben vom Stadtrat gehört, dass die Sanierung des Rathauses und der Marktgasse 57 zusammengehören. Zudem geht es um relativ hohe Investitionen. Der Projektierungskredit für das Rathaus wurde genehmigt, währenddem derjenige für die Marktgasse 57 abgelehnt wurde. Diese Situation ist unbefriedigend, weshalb ich folgenden **Antrag stelle: Die Konti 170.5030.106 Rathaus, Projekt Sanierung, und 170.5030.111 Marktgasse 57, Projekt Umbau/Sanierung, seien zusammenzuführen und als gemeinsame Vorlage dem Parlament vorzulegen.** Damit hätte das Parlament eine Mitwirkungs- und Lenkungsmöglichkeit.

**Guido Wick, GRÜNE prowil:** Wir haben verstanden, dass beide Kreditanträge des Stadtrates zusammengehören und beide Projekte müssen gleichzeitig an die Hand genommen werden, damit auch Synergien genutzt werden können. Für unsere Fraktion war damit klar, dass bei einer Ablehnung eines Kreditantrages die gesamte Projektierung nicht wie geplant erfolgen kann.

**Stadtrat Beda Sartory:** Die Beschlüsse des Parlaments führen dazu, dass wir beide Projekte nicht auslösen können. Die Rathaussanierung bringen wir nicht losgelöst, weil es unsinnig ist und uns unter Umständen auch mehr kostet.

**Norbert Hodel, FDP:** Der Antrag ist im Sinne einer Präzisierung zu unterstützen, damit es für alle klar ist. Wir wissen heute noch nicht, ob wir das Liegenschaftskonzept, das uns der Stadtrat vorlegen wird, auch für gut befinden.

#### Abstimmung

**Beschluss:** Dem Antrag von Klaus Rüdiger, SVP, wird mit 22 Ja zu 13 Nein zugestimmt.

#### Technische Betriebe – Laufende Rechnung – Investitionsrechnung

**Dario Sulzer, SP:** Wir sind alle müde, aber es ist eine Farce, wie das Parlament jetzt das TBW-Budget beraten oder eben nicht beraten hat. Ich werde im Parlamentsbüro wieder den Antrag stellen, dass wir die nächste Budgetsitzung am Nachmittag z.B. um 14 Uhr beginnen. Ich bitte um entsprechende Unterstützung.

#### Steuerfuss

**Stadtpräsident Bruno Gähwiler:** Der Stadtrat hat in den letzten Jahren die Strategie verfolgt, gleichzeitig Schulden abzubauen und Steuern zu senken. Beides haben wir gelebt: nebst zwei Steuerreduktionen konnte die Verschuldung von 66 Mio. auf rund 40 Mio. Franken abgebaut werden. Wir erheben keine Steuern auf Vorrat, sondern ziehen diese im Nachhinein ein. Jetzt beziehen wir die Steuern, damit wir die Schulden abbauen können, die man vorher gemacht hat. Die Kernstädte der Agglomerationen haben folgende Steuerfüsse: St. Gallen 159 %, Rorschach 162, Buchs 141 %, Jona 109 %, Rapperswil 120 %, Wil 129 %. Abgesehen von Jona/Rapperswil sind wir die steuergünstigste Kerngemeinde einer sanktgallischen Agglomeration. Eine Reduktion der Grundsteuer auf 0,3 Promille führt zu einem Ertragsausfall von einer Million Franken. Von dieser Senkung profitieren noch weniger, nämlich einzig die Hauseigentümer und diese wohnen auch nicht alle in Wil. Dies wäre ein falsches Signal. Der Grundsteuerfuss ist seit 1993 auf 0,6 Promille. Nur wenige Gemeinden in der Region haben einen niedrigeren Steuerfuss und Grundsteuersatz. Diese Reduktion gefährdet Investitionen für die Zukunft.

#### Schlussabstimmungen

**Beschluss:** Dem Antrag 1 Stadtrat/GPK wird einstimmig zugestimmt.

**Beschluss:** Der Antrag 2 Stadtrat/GPK obsiegt mit 24 Stimmen gegenüber dem Antrag von Christof Gämperle, FDP (Steuerfuss von 126 Prozent) mit 14 Stimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag 2 Stadtrat/GPK wird mehrheitlich zugestimmt.

- Beschluss:** Der Antrag 3 Stadtrat/GPK obsiegt mit 27 Stimmen gegenüber dem Antrag von Christof Gämperle, FDP (Grundsteuersatz von 0,3 Promille) mit 9 Stimmen.
- Beschluss:** Dem Antrag 3 Stadtrat/GPK wird grossmehrheitlich zugestimmt.
- Beschluss:** Dem Antrag 4 Stadtrat/GPK wird grossmehrheitlich zugestimmt.
- Beschluss:** Der Antrag von Christof Gämperle, FDP, (Voranschlag 2008 mit Steuerfussreduktion von 5 Prozent) wird mit 24 Nein zu 14 Ja abgelehnt.

### Parlamentarische Vorstösse

An der Sitzung vom 7. Dezember 2006 wird kein parlamentarischer Vorstoss eingereicht.

Schluss der Sitzung: 23:25 Uhr

### Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 16. Sitzung der Amtsdauer 2005–2008 vom 7. Dezember 2006 wurde vom Parlamentsbüro am 24 Januar 2007 genehmigt.

### **Stadt Wil**

Esther Spinas  
Parlamentspräsidentin 2007

Armin Blöchlinger  
Sekretär